

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

181 (7.8.1925)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbmönatlich 1.— M mit 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S, Samstags 15 S. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelleiste 20 S, auswärts 25 S, Reklamen 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle: u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

### Optanteneleid und deutschnationale Hezke Protest des Reichstages gegen Polen — Erklärungen des Außenministers — Scharfe Zurückweisung der deutschnationalen Hezke gegen den preußischen Innenminister

Berlin, 6. Aug. Im Reichstag wurden am Donnerstag die deutschnationalen und kommunistischen Interpellationen über die polnischen Ausweisungen und Zustände im Optantenlager in Schneidemühl verhandelt. Die Rede des deutschnationalen Abg. von Kadel war eine Ueberraschung. Während die deutschnationale Presse tagelang in wildester Weise gehetzt hatte, begann der deutschnationale Redner seinen Vortrag mit der Bemerkung, daß er gerade nicht parteipolitisch ausschlagen wolle. Vielleicht trug zu seiner Zurückhaltung bei, daß der preußische Minister des Innern auf der Bundesratsbank saß und in der Lage gewesen wäre, im Hause eine deutschnationale Hezke sofort zurückzuweisen. Sogar die Rede v. Kadel war sehr inhaltlos und bestand nur in wenigen Fragen an die Reichsregierung. Nach einer Rede des kommunistischen Abg. Kadel beantragte der Reichsaussenminister Stresemann die Interpellation seiner Rede. Sie war eine scharfe Zurückweisung der deutschnationalen Angriffe auf den preußischen Innenminister und den sozialdemokratischen Gesandten Bauer aus Warschau. Man merkte Herrn Stresemann die Erregung über das Verhalten der deutschnationalen an. Er machte ihnen klar, daß die richtige nationale Politik gewesen sei, in diesen Tagen auf die polnische Brutalität hinzuweisen und nicht an Nebenbedingungen herumzujodeln und Schuld zu suchen, wo keine vorhanden gewesen wäre. Es war richtig, daß der preußische Innenminister, nach dieser Stresemannschen Rede, die auch auf den Vätern der Sozialdemokratie teilweise lebhaft Zustimmung fand, es nicht mehr für gewöhnlich hielt, selbst noch das Wort zu nehmen. Eine Rede des völkischen Abg. Kugel wurde außer seiner Fraktion nur mit Gelächter aufgenommen.

Von der Sozialdemokratie sprach der Abg. Nowak, der den preußischen Innenminister nach Schneidemühl begleitet hatte und somit aus eigener Anschauung das Unberechtigte der deutschnationalen Angriffe schildern konnte und später noch der völkischen Abg. Landberg der in seiner ruhigen und geistvollen Art der deutschnationalen Partei den Rest gab. Als der Reichstag die Tagesordnung festsetzte, schlug Vizepräsident Nieber vor, als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung die Steuerfrage und als zweiten Punkt die zweite Beratung der Sozialordnung zu setzen. Der Abg. Müller-Franken (Soz.) protestierte gegen diese Festsetzung der Tagesordnung, da der Vorklage vereinbart worden war, die Sozialordnung am Samstag auf die Tagesordnung zu setzen. Müller-Franken stellte den Gegenantrag, heute nach der dritten Beratung der Steuerfrage die Umsatzsteuerfrage zu erledigen, während der völkische Abg. Gräfe sich dagegen aussprach. Als abgestimmt wurde, entschied sich die Mehrheit für den Vorschlag des Vizepräsidenten. — Um 9 Uhr abends vertagte sich das Haus.

#### Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Seebe dem Hause mit, daß anstelle des verstorbenen kommunistischen Abg. Eichhorn der Abg. Tiedt in die kommunistische Reichstagsfraktion eingetreten sei. Dann tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation zur Optantenfrage ein. Abg. Dr. v. Kadel (D.N.) bearbeitet die deutschnationale Interpellation betr. Ausweisung Deutscher aus Polen. Er fordert den Reichstag auf, in der Optantenfrage einmal einmütig zusammenzuarbeiten und zu unteruchen, wie es zu den schmachvollen Zuständen in Schneidemühl gekommen sei, um schmachvolle Zustände dieser Art zu verhüten. Die deutschnationale Interpellation fragt die Regierung, was sie getan habe, um zu verhindern, daß die polnische Regierung in den letzten Tagen mehr als 30 000 Deutsche von Haus und Hof vertreiben habe. Ferner wird gefragt, was die Regierung getan habe, um die Besitztümer vor dem bittersten Elend zu bewahren und was die Regierung zu tun gedachte, um gegebenenfalls unter Anwendung von Bergeltungsmahnahmen die deutschen Einwohner Polens in Zukunft zu schützen. Die Regierung soll erklären, ob sie die Ueberraschung gewonnen habe, daß die polnische Regierung ihrer Verpflichtung, den Optanten den Eintritt nach Deutschland zu erleichtern, nachkommen sei. Die polnische Regierung habe sich mittelalterliche Anschauungen aufschneiden lassen. Bei weiten Kreisen habe es Bestanden erzeugt, daß der deutsche Gesandte in Warschau gerade in dieser Zeit auf Urlaub gegangen sei. (Zustimmung rechts.) Die Verantwortlichkeiten und die Zuständigkeiten sind für die Vorgänge in Schneidemühl dürften nicht verschoben werden. Der preußische Innenminister dürften nicht verantwortlich für die Vorkommnisse sein, werde wohl die verantwortlichen Beamten bezeichnen können. Die Vorkehrungen für den Optanteneinsatz in Schneidemühl seien in unwürdiger Weise unzureichend gewesen. (Sehr richtig rechts.) An den Reichs-

innenminister müsse die Frage gerichtet werden, ob er genügend Mittel zur Verfügung gestellt habe. Der Zweck der vorliegenden Interpellation sei, daß anstelle schöner Worte Taten für die Optanten treten möchten. (Beifall rechts.) Abg. Kadel (K.) bearbeitet die Interpellation seiner Fraktion, in der die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich Mahnahmen zur Linderung der Flüchtlingsnot zu treffen. Die Verantwortung für die Vorgänge in Schneidemühl trage in erster Linie die Reichsregierung und damit die hinter ihr stehenden Parteien. Der Redner fragt, ob es dem Außenminister Stresemann nicht bekannt sei, daß die polnische Regierung schon seit langem Vorbereitungen zur Aufnahme der polnischen Rückwanderer getroffen habe. Die Reichsregierung habe das nicht getan, aber von Ueberraschungen gesprochen. (Hört, hört links.)

Reichsaussenminister Dr. Stresemann weist den Vorwurf zurück, daß der deutsche Gesandte in Warschau, Kaulher, in dieser wichtigen Zeit in Urlaub gegangen sei. Kaulher sei erst in Urlaub gegangen, als alle seine Bemühungen in der Optantenfrage bei der polnischen Regierung ereignislos verlaufen waren und es sich nicht mehr mit der Würde des Reiches vereinbaren ließ, weiter zu verhandeln. (Beifall links, Lärm rechts.) Der Redner gibt dann im Namen der Reichsregierung und im Einverständnis mit dem preußischen Ministerium des Innern folgende Erklärung ab: Die deutsche Delegation in Wien hat durch direkte Verhandlungen mit der polnischen Delegation versucht, eine Willkür mit der polnischen Delegation, Raedenebeck, herbeizuführen, wonach Deutschland die Abweisung der deutschnationalen Optanten aus Polen dulden müßte. Diese Verhandlungen sind am polnischen Widerstand gescheitert und es ist nur gelungen, eine Erleichterung der Abwanderungsbedingungen zu erreichen. Nach Unterzeichnung des Wiener Abkommens vom 30. August vorigen Jahres hat das auswärtige Amt die deutsche Gesandtschaft in Warschau beauftragt, in dringlicher Form bei der polnischen Regierung um einen Verzicht auf die Ausweisungsbefugnisse der Optanten hinauszufahren. Diese Bemühungen, die sogar noch im Juli dieses Jahres stattfanden, hatten jedoch keinen nennenswerten Erfolg. Nicht einmal der Wunsch wurde berücksichtigt, von der Abwanderungspflicht Grotze, Kriegsbeschädigte, Witwen und Waisen auszunehmen. Das Bestreben der Reichsregierung, das Los der beidenseitigen abwanderungspflichtigen Optanten zu mildern oder ihren Kreis einzuschränken, ist also an der starren Haltung der polnischen Regierung gescheitert.

Die Behandlung der Optantenfrage wurde vom Reichsaussenminister des Innern übernommen. Am 1. und am 8. Dezember 1921 fanden Besprechungen mit den beteiligten Stellen des Reiches und Preußens statt. Dabei wurde die Zahl der aus Polen abwanderungspflichtigen auf rund 27 000 angegeben. Mit der Beförderung der Optanten an die deutsche Grenze wurden die deutschen Konsulate in Polen und Thorn beauftragt, die mit ihren organisatorischen Mahnahmen bereits im Februar begannen. Nach diesen Vorbereitungen konnten schon im Juli 8000 Optanten die Abwanderung antreten, ohne das Durchgangslager in Schneidemühl zu betreten. Das Durchgangslager in Schneidemühl war lediglich für die erste Aufnahme von 5000 Optanten bestimmt, deren rasche Weiterleitung durch die preußischen Vorposten gewährleistet war. Neben dem Wohnungsproblem hat die Frage der Arbeitsbeschaffung eine bedeutsame Rolle gespielt. Zu diesem Zweck war von der Reichsarbeitsverwaltung Mitte April eine Optantenermittlungsstelle eingerichtet worden, deren Leitung einem hervorragenden Sachkenner übertragen wurde. So gelang es, bis zum 4. August d. J. 5761 Personen in Arbeitsstellen unterzubringen. An Mitteln für die Unterbringung sind vom Reich und Preußen insgesamt 65 Millionen Mark bereitgestellt und weitere 5 Millionen für die Unterbringung der zu erwartenden Optanten ausgemworfen.

Die Befehle des Laagers hat sich schon auf 5000 vermindert. Die Reichsregierung hat sich zur Rücksichtnahme gemacht, daß dieselbe Behandlung, denen die deutschen Optanten in Polen ausgesetzt sind, auch den polnischen Optanten in Deutschland zuteil werden sollte. Um die Lage der deutschen Optanten nicht unnötig zu erschweren, würden wir Repressivmahnahmen solcher Art erst dann ergreifen, wenn Polen zu solchen Mahnahmen vorangehen ist. (Große Unruhe bei den Völkischen.) Wir haben das größte Interesse an der klaren Feststellung, daß Polen mit Gewaltmahnahmen voranzugehen ist. (Abg. v. Gräfe, völk.) Ist Polen denn damit noch nicht vorangegangen? (Lärm, Sie, Herr v. Gräfe, das Ende meiner Erklärung ab.) (Unruhe und Enttäuschung bei den Völkischen.) Demgemäß hat die deutsche Regierung, nachdem die polnische Regierung den deutschen Optanten die Auswanderungsverfügung zu-

stellte, dasselbe den polnischen Optanten gegenüber getan. Heute ist uns berichtet worden, daß die polnischen Behörden den deutschen Optanten, die noch nicht abgereist sind, den Verzicht erteilt haben, innerhalb 48 Stunden Polen zu verlassen. (Pfeif-Rufe.) Darauf hin haben wir sofort gleiche Mahnahmen gegen die noch in Deutschland befindlichen polnischen Optanten verfaßt.

Dieser Regierungserklärung, die ich im Einverständnis mit der preußischen Regierung abgegeben habe, muß ich hinzufügen, den Ausdruck meines außerordentlichen Bedauerns darüber, daß vielfach innerpolitische Betrachtungen bei der Erörterung dieser Dinge den außenpolitischen vorangestellt worden sind. (Lebhaft Zustimmung rechts.) Die Frage, wer an irgendwelchen Mängeln bei der Unterbringung der Flüchtlinge die Schuld trägt, müßte doch sekundär sein gegenüber dem Weltrecht, daß 5 Jahre nach dem Kriege 5000 Menschen gemalt aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die polnische Regierung beruft sich auf formales Recht bei der Ausweisung. Hier wird das formale Recht das größte Unrecht. Die polnische Regierung hebt in einer Weise vor, die in anderen europäischen Ländern zum Glück nicht üblich ist. Deutschland hat am 10. Januar die ihm durch den Versailler Vertrag genommene handelspolitische Freiheit wiedererwonnen. Von den alliierten Staaten hat keiner irgendwelche Mahnahmen gegen Deutschland wegen der Ausübung dieser Freiheit ergriffen. Polen aber hat mit Einfuhrverboten und mit der Ausweisung der deutschen Optanten den Anfang gemacht.

Der Geist, mit dem Polen vorgeht, ist nicht der Geist der Befriedung Europas, sondern der Geist des Hasses und der Selbsthätigkeit. (Lebhaft Zustimmung.) Wenn auch wir jetzt als Antwort auf das Vorgehen Polens die polnischen Optanten binnen 48 Stunden ausweisen, so tun wir das nicht mit dem Gefühl der Befriedung, zu solchen Mahnahmen schreiten zu können, sondern mit dem Gefühl der Beschämung darüber, zu solchen Mahnahmen greifen zu müssen. Es ist tief bedauerlich, daß durch den an diese Dinge geknüpften innerpolitischen Streit die Aufmerksamkeit des Auslandes ablenkt wird von dem furchtbaren Unrecht, das jetzt durch Polen dem Geist der Zivilisation angetan worden ist. Unsere Gedanken sind bei den Opfern dieser Gewalt.

Abg. Anke (Völk.): Wir vermessen bei den Deutschnationalen in dieser Frage den Kampfesgeist Heckerichs und der deutschnationalen Presse. Polen müßte gesonnen werden, die Mahnahmen eines zivilisierten Staates anzunehmen. Der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Kaulher habe auch bei dieser Gelegenheit wieder bewiesen, daß er durchaus ungeeignet für die Vertretung in Polen sei. Die Regierung müsse darüber Auskunft geben, ob es richtig ist, daß auf dem Berliner Politkongress tatsächlich viele polnische Juden eingebürgert werden. (Hört, hört rechts.) Die deutsche Regierung müsse endlich gegen Polen die nötigen Bergeltungsmahnahmen treffen. Der Großgrundbesitzer Graf Oppersdorf, der sein Deutschtum an Polen verraten habe, hätte längst enteignet werden müssen. Die vielen polnischen Arbeiter, die in deutschen industriellen Werken und auf deutschen Gütern beschäftigt sind, müßten durch Deutsche ersetzt werden. (Beifall und Rufe links: Sagen Sie das den Deutschnationalen.) Der Redner machte zum Schluß dem preußischen Innenminister Severing den Vorwurf, er habe durch Unterlassungsünden die schlechte Unterbringung der deutschen Optanten in Schneidemühl verschuldet.

Abg. Nowak (Soz.): Ich übertrage auf Grund eines persönlichen Besuches, daß die Verhältnisse im Schneidemühler Optantenlager durch den Besuch und das tatkräftige Vorgehen des preußischen Innenministers Severing viel Besserung erfahren haben. Die Großgrundbesitzer in der Schneidemühler Umgebung hätten sich leider geweigert, den Optanten das nötige Stroh für ihr Lager zu gewähren. (Hört, hört links.) Die deutschnationale Presse mache sich des schmachlichsten Indantes schuldig, wenn sie mit unflätigen Anariffen gegen den preußischen Innenminister Severing vorgebe, der wirksam und tatkräftig für Hilfe gesorgt habe. Jetzt sei festgestellt, daß die Zustände im Schneidemühler Lager nicht durch die preußische Regierung, sondern durch die mangelhafte Geldbewilligung der Reichsregierung verschuldet worden sei.

Abg. Wuchel (3.) bedauert, daß die furchtbare Not der Optanten zum Gegenstand eines geschlossenen Parteistreiches in der Presse gemacht worden sei. Die Tendenzmahnahmen dieser Presse hätten nur neues Wasser auf die Mühlen der Polen geleitet. Man habe hier und da nach deutschen Schuldbürgen geachtet, ohne auf den wahren Schuldigen hinzuweisen. Die Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit der polnischen Politik. (Beifall.) Bei den Vorbereitungen zur Aufnahme und Unterbringung der Optanten hätte man mehr die Organisation der freien Wohlfahrtspflege mit herangezogen sollen.

Abg. Dr. Mittelmann (D.Vp.): Die polnische Gewaltpolitik gegen treue Deutsche sollte eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes sein, nicht eine Angelegenheit des Parteihabers. (Beifall.) Die polnische Politik, das habe kürzlich ein französischer Schriftsteller anerkannt, streue eine Saat des Hasses, die bei den Deutschen dem Bedürfnis nach einer friedlichen Revision der Ostgrenzen immer neue Nahrung gebe. Dabei denke man in der Tat immer wieder an den polnischen Korridor, dem Pfahl im deutschen Fleische. Für die Unterbringung und Unterstützung der deutschen Ökonomie müsse alles getan werden, was notwendig ist, und das Siedelungswert für die Ökonomie müsse nachdrücklich gefördert werden.

Abg. Dr. Baas (D.) bezeichnet es als einen schlechten Dienst an den unglücklichen Ökonomie, wenn ihre Not dazu benutzt werde, nebulöse Angriffe gegen politische Gegner zu richten. Dem armen Anflug der politischen Agitation im Flüchtlingslager müsse schleunigst ein Ende gemacht werden. (Beifall links.) Setzt komme es vor allem darauf an, für die deutschen Ökonomie ausreichende Siedelungsmöglichkeiten zu schaffen. Polen sei in die längst überwundenen Methoden Mittelalterlicher Gewaltpolitik zurückzufallen.

Abg. Dr. Bredt (W.G.) hält es nicht für zweckmäßig, in diesem Augenblick Angriffe gegen Reichsbehörden oder preussische Behörden zu richten. Die Hauptfrage müsse jetzt die Hilfe für die Ökonomie sein. Nach den unerhörten Akten polnischer Gewaltpolitik gegen Deutsche müsse jetzt verlangt werden, daß die deutsche Regierung rücksichtslos alle die Polen ausweist, die nach Deutschland übergesiedelt sind und die am größten Teil hier als Blutsauger aufgetreten seien. Man solle nicht verneinen, daß unsere Politik nicht im Westen, sondern im Osten liege. Polen sei ein Staat, mit dem man einige Jahre, Rußland aber ein solcher, mit dem man Jahrhunderte rechnen müsse.

Es folgen dann die Schlussworte der Interpellanten. Abg. Schulz (D.) gibt zunächst von einer Entschleunigung Kenntnis, die die Deutschnationalen eingebracht haben. Diese Entschleunigung fordert, daß bei künftigen Ausweisungen großzügigere Vorbehalte getroffen werde, daß besondere Mittel zur Ansiedlung der aus Polen Vertriebenen bereitgestellt werden, daß allen Flüchtlingen aus Polen freie Beförderung dahin gewährt wird, wo sie beschäftigt werden sollen und daß die deutsche Regierung Gegenmaßnahmen gegen das Vorgehen Polens ergreifen müsse. Für die schweren Verhältnisse im Schneidemühl Lager und für die nicht genügenden Vorkehrungen ist verantwortlich das Ministerium, das mit der Vertreibung des Flüchtlingslagers beauftragt worden ist. Der Außenminister hat zu unserer Freude erklärt, daß er nunmehr dieselben Repressalien gegen Polen ergreifen werde. Billeit wäre es besser gewesen, etwas früher damit zu beginnen. Der Redner wendet sich dann gegen den sozialdemokratischen Sprecher, der zu unrecht die Ostmarkenpolitik verurteilt und Polen Recht gegeben habe. So etwas sollte man von einer deutschen Tribüne nicht wieder sagen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Hädel (Komm.) meint, die Ausführungen des Außenministers müßten bei den Vertriebenen in Schneidemühl verbittern wirken. Man könne als Repressalie alle Parasiten, auch die polnischen Juden, ausweisen, die produktiven Elemente müsse man aber im Lande behalten. Man dürfe nicht ohne weiteres leben Polen aus Deutschland hinausjagen. Abg. Landsberg (Soz.): Die Sozialdemokraten hätten gewünscht, der deutsche Reichstag hätte sich zusammengesunden zu einem starken Appell an das Weltgewissen. (Gelächter rechts.) Wenn Sie (nach rechts) darüber lachen, beweisen Sie nur, daß Sie kein Gewissen haben. (Lebhafte Zustimmung links.) Es sei wohl richtig, daß es mit einem Male schwer sei, so viele Tausende unterzubringen. Die Frage nach der Schuld solle aber zuerst nicht unterucht werden. Es sei beachtend, daß in der ganzen Deutschnationalen Presse der Streit um das polnische Vorgehen betrieben worden sei unter dem Vorzeichen, den verhassten preussischen Innenminister zu bekämpfen.

Abg. von Ramin (Völk.): Solche Vorgänge, wie die polnische Ausweisung, seien nichts als die Folge der Erfüllungspolitik, die seit Unterzeichnung des Schandfriedens betrieben werde. Man müsse endlich mal das Steuer herumreißen. (Beifall und Heulrufe bei den Völkischen.) — Damit schließt die Besprechung der Ökonomieinterpellation.

Mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten wird eine interfraktionelle Entschleunigung angenommen, die folgende Fassung hat: Der Reichstag protestiert gegen die von der Regierung der Republik Polen gegen die deutschen Ökonomie rücksichtslos verhängte Ausweisung. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch eine solche Verletzung unversöhnlicher Menschensrechte dem Frieden der Welt nicht gedient wird. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, auch weiterhin alle Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um die polnische Regierung von der Fortsetzung einer so verwerflichen Politik fernzuhalten und mit aller Kraft für das Wohl und die Zukunft der vertriebenen Deutschen zu sorgen.

Alle übrigen Anträge werden mit Ausnahme der der Völkischen und Kommunisten zurückgewiesen, die Anträge der letztgenannten Parteien werden abgelehnt. Die von dem Abg. Gildemeister (D.Vp.) eingebrachte Novelle zur Verordnung über die Kraftfahrzeulinien wird ohne Debatte in 2. und 3. Beratung angenommen. Die Novelle zur Verordnung betr. den Verkehr mit Vieh und Fleisch wird gleichfalls debattelos in 2. und 3. Beratung angenommen.

Am 9 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr vorm. Auf der Tagesordnung steht die 3. Beratung der Feuervorsorge, ein Zentrumsantrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Verhältnisse in der Verwaltung des Branntweinmonopols und die 2. Beratung des Zolltarifs.

### Der Ökonomiekrakeel der Rechtspresse

Als der erste Akt der großen Ausweisungstragödie an der deutsch-polnischen Grenze in Szene ging und die gesamte politische Welt im Ausland mit Spannung und Interesse sich für das Ökonomiekrakeel und seine Ursachen zu interessieren begann, brachte es die von allen guten Geistern verlassene deutsche Rechtspresse fertig, eine große Entlastungsoffenbarung zu veranstalten und rein parteipolitisch motiviertes Geschrei gegen Sebering verschob für das Ausland völlig den Blickpunkt in der ganzen Frage. Die Hoffnung, daß sich aus den Schwierigkeiten, die infolge des plötzlichen Anstehens des Flüchtlingsstroms in Schneidemühl in den ersten zwei Tagen entstanden, ein Entrüstungssturm gegen den preussischen Innenminister fabrizieren lassen könnte, raubte dem parteipolitische Fanatismus der Rechtspresse die

Stimmung. Trotz Warnungen der Reichsregierung wurde besinnungs- und hemmungslos gelogen beam. geht und dem Ausland die Auffassung, Deutschland und vor allem Preußen behandle die deutschen Ökonomie noch schlimmer als Polen, förmlich aufgezwungen. Staatspolitik völlig disziplinos und rasend wie immer, wenn es gilt, der verhassten Republik und ihren Ministern einen Schlag zu versetzen, vergaß die Rechtspresse völlig, daß gerade gegenüber der polnischen Propaganda im Ausland doppelte Vorsicht in der Kritik an den Vorgängen in Schneidemühl notwendig war.

Im Rausch der ersten Freude, das Schneidemühl-Flüchtlingselend parteipolitisch auszuschlachten zu können, hat die deutschnationale Fraktion eine Interpellation über Schneidemühl im Reichstag eingebracht. Die sozialdemokratische Fraktion bestand am Dienstag darauf, daß diese Interpellation so rasch wie möglich beantwortet wird; denn eine rasche Klärung der Frage, wen für die Schneidemühl-Vorkommnisse die Schuld trifft, ist schon aus politischen Gründen erforderlich. Die Deutschnationalen hatten aber plötzlich nicht mehr allzu große Eile mit der Beratung ihrer Interpellation; ihre Sorge um die Opfer ihrer Kriegspolitik verstand von getrennt auf heute. Nur mit Gängen und Würgen einigten sie sich auf eine Besprechung am Donnerstag. Warum auf einmal diese Angst vor der eigenen Courage? Weil sich von Tag zu Tag deutlicher zeigt, daß bei der Klärung der Schuldfrage die Entrüstungskommissionen auf der Rechten einschneiden den Kürzeren ziehen werden. Man wollte Preußen, natürlich das republikanische Preußen, mit Sebering zum Brigelknaben machen. Die Reichsregierung — der gute Fridolin, die preussische Regierung Braun-Sebering — der böse Dietrich. So war es gedacht — aber es kommt anders.

Es ist neben dem Reichsminister des Innern vor allen Dingen das Auswärtige Amt, das in der Ökonomieangelegenheit alles Erforderliche und Mögliche getan haben will. So läßt das Auswärtige Amt mitteilen, daß es mindestens seit vier Monaten über die Zahl der in Frage kommenden deutschen Ökonomie unterrichtet war und durch erhebliche Verstärkung des Personal seiner polnischen Vertretung alles getan hat, um eine reibungslose Abwanderung der Ökonomie sicherzustellen. Wozu müßten wir die Mächtigkeit dieser Behauptung überhaupt bezweifeln. Aber selbst angenommen, sie ist richtig, warum würde dann durch das Reichsministerium des Innern nicht frühzeitig der preussischen Regierung mitgeteilt, daß zum 1. August mit Tausenden von ausgewiesenen Personen zu rechnen ist? Diese Notwendigkeit hat weder Herr Stresemann noch Herr Schiele gekümmert, und so wert das Auswärtige Amt überhaupt Zahlen mitgeteilt hat, erfolgte das ohne die zutreffende Instanz, ohne Herrn Schiele, und gänzlich unvollkommen. Darin liegt die Ursache der anfänglichen Schwierigkeiten in der Verbringung der Ökonomie. Weil keine halbwegs genauen Listen angegeben wurden und weil die deutschen Konsulate in Polen die Ökonomie nicht rechtzeitig über den Ernst der Situation aufgeklärt haben, entstand die plötzliche Verstärkung des Flüchtlingsstroms in Schneidemühl.

Warum haben sich übrigens fast 60 Prozent der deutschen Ökonomie überhaupt nicht angemeldet? Will Herr Stresemann behaupten, daß hier kein Veräumnis des Auswärtigen Amtes vorliegt. Säfte sein Ministerium frühzeitig auf die Ökonomie zur Sicherstellung der Anmeldung eingewirkt, dann wäre den Behörden in Schneidemühl die Arbeit viel leichter gewesen. Der plötzliche, unvorhergesehene Flüchtlingsstrom schaffte natürlich Schwierigkeiten, denen der Oberpräsident Bülow, ein Mann der alten Schule, — ein „Nachmann“ — nicht gewachsen war. Es waren den Behörden von vornherein genügend Geldmittel zur Verfügung gestellt, aber die Herren Bürokraten der alten Schule sind ängstlich und wissen sich in kritischen Fällen fast nie zu helfen. Warum ging, als Sebering nach Schneidemühl kam? Wenn etwas auf der ganzen Linie verlagert hat, dann die berühmte alte Bürokratie, während ein Außenminister wieder einmal den Karren aus dem Dreck zog.

Was aber kümmert das unsere nationale Presse? Würde sie noch einen Funken Ehrgefühl besitzen, dann müßte sie jetzt den preussischen Innenminister unterfüttern und Einfluß auf ihre Kreise nehmen, damit sowohl in der Beschäftigungsfrage wie in der Wohnungsfrage die Maßnahmen Preußens für die Ökonomie unterstützt werden. Wir sind gewiß, es wird bei der Entrüstung bleiben; denn das war bis auf den heutigen Tag die starke Seite des Reiches. Die Opfer für arme Volksgenossen hat er immer noch an der n überlassen.

### Bolschewistisches Seldentum

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Ihn hat in seinem „Volkseind“ eine köstliche Figur geschaffen, die des Buchdruckerbetriebers Aslaffen. Der Standpunkt dieses Mannes ist: „Fällt einer über die Regierung her, so richtet er nicht den geringsten Schaden an. Deshalb darf man auf dem Gebiete der hohen Politik scharf oppositionell sein. Aber die Lokalbehörden muß man schonen, ja, man muß ihnen den größten Respekt zollen, denn sie können, wenn man sie beschuldigt, gestützt werden zum Schaden der Hausbesitzer und anderer Leute.“

Die Seele des würdigen Aslaffen ist offenbar in die Körper der deutschen kommunistischen Führer gewandert. Auf dem Gebiete der hohen Politik erkennen sie in der Opposition keine Grenze an, selbst die des Anstandes nicht. Die Minister können sich alljährlich schämen, wenn sie aus kommunistischem Munde nur als Eumachen bezeichnet werden. Herr Bierath hält sich für berechtigt, den ehrwürdigen Professor Kahl, einen Mann von 76 Jahren, einen „furchigen Hund“ zu nennen, Herr Krensbura ruft dem Reichstage zu: „Ihr mit Euren verhoffenen Rechten“, ein Dritter verleiht in einem Zwischenruf das Gesicht des 73jährigen Lehrenden mit einem Knuffen.

Der Präsident, der gegen solche groben Ausschreitungen einschreitet, ist ein Venter. Ueberhaupt muß jeder sich konterrevolutionärer Anschauungen weiden lassen, der der Ansicht ist,

daß der politische Kampf ohne persönliche Gemeinheiten geführt werden kann und muß; denn nach der Anschauung der Kommunisten sind revolutionäre Betätigung und Anonimium identische Begriffe. Wehe aber dem, der sich erdreistet, einen oder mehrere Dutzend lebende und die müdesten Schimpfwörter ausstößende Kommunisten eine Bande zu nennen. Der dicke Dettel, der bekanntlich ein Verehrer der Prügelstrafe war, würde seine helle Freude an der Bezeigerung gehabt haben, mit der sich kommunistische Abgeordnete bemühen, ihren Widerlachern die Ueberzeugung einzubläuen, daß sie kommunistische Verbalinjurien schweigend einzustudieren haben.

So viel über die Art, wie sich die Moskowitzer auf dem Gebiete der hohen Politik bewegen. Ganz anders als Ministern und gemäßigten Abgeordneten stehen sie aber Beamten gegenüber, deren Autorität nach Aslaffen nicht erschüttert werden darf, und ein besonderes Ansehen genießt in ihren Augen der Schumann. Ein Kommunist, der eben noch gebrüllt hat, als ob er am Stiehe stecke, wird sahm, sobald ein Schumann sich ihm nähert, um ihm Gelegenheit zu geben, sich andernwärts als im Reichstage wie ein Rißel zu benehmen. Der Beamte ist geradezu entzückt von der ausgefachten Hochachtung, mit der er sich behandelt sieht. Der Kommunist erkundigt sich in höflicher Weise bei ihm, ob er einen Ausweis mit Lichtbild und Namensunterchrift bei sich habe und verläßt dann befriedigt von den erhaltenen Auskünften den Schauplatz seiner Seldentaten, den er soeben noch bis zum äußersten zu behaupten geschworen hatte.

Der kommunistische Respekt vor dem Schumann kann eines Tages für den Verlauf der Weltgeschichte von größter Bedeutung werden. Man stelle sich vor: Moskau befindet den deutschen Arbeitern eines Tages — nicht zum ersten Male — im russischen Interesse zu politischen. Bei den alten Beziehungen, welche die Polizei zur kommunistischen Partei unterhält, erfährt sie davon. Was wird ein psychologisch geschulter Reichsführer in solchem Falle tun? Ganz einfach; er schickt zur Zentrale der KPD. einen Schumann, der sich das Verbot der Revolution überdringt. Was gibt die Arbeit, das die Schumannströmigkeit der Kommunisten sie zur Befolgung des an sie gerichteten Befehls veranlassen wird? Nur eines darf nicht übersehen werden: der abgeordnete Schumann wird in der Lage sein müssen, einen Ausweis vorzuzeigen, der mit Lichtbild und eigenhändigem Namenszug versehen ist!

### Stresemann und die Deutschnationalen

Aus der Deutschnationalen Partei werden die Gegereien und Intrigen gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann fortgesetzt. Dieser wendet sich nun in der „Nationalliberalen Korrespondenz“, dem offiziellen Organ der Volkspartei, gegen die Artikel, die auf eine systematische Herabsetzung Dr. Stresemanns hinauslaufen. Die erdachte Korrespondenz schreibt:

„Es scheint uns hier ein durchsichtiges Spiel mit wohlverdienten Rollen gespielt zu werden. Anders als wir nicht geneigt, unferneits die Rolle des tätigen Aufsehners zu übernehmen. Entweder besteht zwischen den Regierungsparteien der Burgfriede und dann hat sich auch die deutschnationale Presse, wie die Drane des Dr. Suenerberg, demnach zu richten, oder aber der Burgfriede besteht nicht, dann müßten wir nicht nur die Karren auf dem Spielplatz liegen lassen, sondern auch die Hände, die sie ausgeben. Wir werden nicht davor zurückschrecken, Hahnschpielern auf die Finger zu klopfen.“

Das ist ja allerhand für die Beurteilung der Verhältnisse des Herrn Reichsaussenministers zu der stärksten Regierungspartei. Wir dürfen an diesem Streit wenig Interesse nehmen, wenn nicht die deutsche Außenpolitik die Sache für die antipolitische Haltung der Deutschnationalen tragen müßte. Daß Herr Stresemann mit Energie sich gegen die Deutschnationalen wehren wird, dürfte ihm nach seinem ewigen Schaulken niemand mehr glauben.

Die „Deutsche Zeitung“ wendet sich schon in einem Aufsatz gegen die Erklärung Stresemanns und verlangt, daß dieser eine baldige unabweisende Antwort erhalte. Denn genau wie sich die heute bestehende Unklarheit bisher in verhängnisvoller Weise ausgewirkt habe, werde die Klarstellung nun nicht mehr zu vermeiden sein und von entscheidender Bedeutung sein müssen für alles was weiter geschieht.

### Aus der Partei

5. Bad. Landtagswahlkreis Karlsruhe

Sonntag, den 9. August, vorm. 10 Uhr, in Karlsruhe im Saal des „Friedrichshof“

### Landtagswahlkreis-Konferenz

Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Landtagswahlen: a) Lichtbild und Ausbild. Referent Landtagsabg. Gen. Graf. Forstheim; b) Wahltechnisches und Organisationsfragen. Referent Landessekretär Gen. Reinhold. Mannheim.
2. Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl.
3. Wahl der Delegierten zum Deutschen Parteitag in Seidelberg.

Es wird erwartet, daß im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung jeder Ortsverein vertreten ist. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Mitgliederzahl der Ortsvereine. Es haben zu entsenden:

Mitgliedschaften bis 100 Mitglieder 1 Delegierter, Mitgliedschaften bis 300 Mitglieder 2 Delegierte, Mitgliedschaften bis 600 Mitglieder 3 Delegierte, Mitgliedschaften bis 1000 Mitglieder 4 Delegierte, für je weitere 1000 Mitglieder 1 Delegierter mehr.

Die Ortsvereine haben den Delegierten Mandate auszustellen, die mit dem Vereinstempel versehen sein müssen. Genossinnen und Genossen, die Interesse an den Verhandlungen dieser Konferenz haben, aber nicht Delegierte sind, haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt.

Trinks, Parteisekretär.

Deflagieren. Samstag, 8. August, abends 1/2 9 Uhr, findet in der Ratskammer eine außerordentliche Versammlung der Sozial. Partei statt. Da die Tagesordnung von Wichtigkeit ist, ist das Erscheinen aller Genossen erforderlich. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

### Aus dem Freistaat Baden

Der 11. August

Die von der badischen Regierung im Hinblick auf eine wirksame Feier der Erinnerung an den 11. August 1919, an dem sich das deutsche Volk in der Weimarer Verfassung neue staatsrechtliche Grundlagen geschaffen hat, mit Verordnung vom 21. Juli 1923 in Baden als gebotener Festtag im Sinne der Bestimmungen über die weltliche Feier der Sonn- und Festtage erklärt worden. Mit Ausnahme dringender Erntearbeiten, für deren Erledigung am 11. August die für die gebotenen Festtage geltenden Bestimmungen zur Anwendung kommen, ruht an diesem Tag die Arbeit wie an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Damit ist allen Kreisen Gelegenheit gegeben, die Feier dieses Gedenktages seiner großen Bedeutung entsprechend zu begehen.

Wie man in anderen Staaten den Verfassungstag begeht, das konnten auch dieses Jahr wieder unsere Landsleute am 11. August beobachten. Am Abend des 1. August, des eidgenössischen Verfassungstages, sah man von den Höhen des deutschen Riesens allenthalben auf den Schweizer Bergen große Höhenfeuer aufflammen, mit denen die Eidgenossen ihre Verfassung huldigten. Und da und dort auf deutscher Seite hatten Gruppen von Schweizerbürgern, zur Verfassungsfeier verammelt, ebenfalls Höhenfeuer angezündet, um ihrer Heimat die treue Gefinnungsbotschaft an diesem nationalen Feiertag zu bezeugen. Sollte dies nicht vorbildlich sein für unsere Verfassungsfeier, zu denen wir uns in diesen Tagen rufen?

### Aus dem Haushaltsausschuss des Badischen Landtags

In der Zentrumsprelle, vor allem dem Badischen Beobachter und der Offenburger Zeitung, waren der Sozialdemokratie in den letzten Tagen die schwersten Vorwürfe gemacht worden, daß die sozialdemokratische Partei verführe, die Behauptung der Beamtenpositionen zu hinterfragen und daß an der Aufhebung von Verhandlungsgegenständen der sozialdemokratischen Fraktion die Schuld daran sei. In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 3. August wandte sich der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in aller Schärfe gegen diese absolut unwahren Unterstellungen in der Zentrumsprelle und bezeichnete die dort geübten Darstellungen als völlig unrichtig, als einen aufreizenden „Wahlwindel“. Die sozialdemokratische Partei habe genau so gut wie alle anderen Parteien Wert darauf gesetzt, daß diese sämtliche Beamtenpositionen in Gegenwart der Gesamtregierung, insbesondere des Herrn Finanzministers, behandelt werden. Wenn die sozialdemokratische Partei diese letztere Forderung erhoben habe, so gerade aus dem Grunde, weil sie Wert auf eine gründliche und eingehende Beratung lege. Was die Geschäftsführung des Vorstehenden anbetreffe, überlasse er ihre Beurteilung dem Ausschuss selbst, der von sich aus bis heute noch keinen Anlaß genommen habe, diese Geschäftsführung zu kritisieren. Der Vorstehende allein könne nicht für sich aus alles anordnen; der Ausschuss habe es ja in der Hand, jederzeit in den Geschäftsgang einzugreifen, der Ausschuss sei also selbst mitverantwortlich oder mitzufällig.

Der demokratische Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses schloß sich schließlich diesen Ausführungen an und wandte sich gegen die Darstellungen im Bad. Beobachter. — Hieraus wurde dem Ausschuss Kenntnis gegeben von Schreiben der Direktoren der Kliniken in Freiburg, die sich gegen die in Freiburg umgehenden Gerichte wenden, daß die Klinikverwaltungen des Haushaltsausschusses bei den feierlichen Bestätigungen absichtlich getäuscht hätten. Der Ausschuss ersuchte den Herrn Landtagspräsidenten, bei dem Herrn Oberbürgermeister in Freiburg nähere Erkundigungen einzuziehen.

Sodann gab der Regierungsvertreter die Stellungnahme der Regierung zu den Ausführungen des Berichterstatters Abg. Freudenberg, über das Steuerverteilungsgesetz bekannt, und betonte am Schluß, daß die Regierung auf ihrem bisherigen Stand stehen bleibe. Auch die Regierung erwiderte ihr leibetragendes Zahlenmaterial durch folgende Darlegungen:

Die Ueberweisungsteuer des Reiches aus Einkommensteuern haben betragen: im April 1925: 8,9 Millionen Mark, im Mai 1925 8,0 Millionen Mark, im Juni 1925: 6,0 Millionen Mark. Aus Körperschaftsteuern: Mai 1925: 888 000 Mark, Juni 1925 288 000 Mark.

Bei den Steuerarten mache sich also durch Abnahme der Zahlung neuer Gesetzesvorschriften stark bemerkbar. Der Zuschußbedarf der Gemeinden sei heute um 36,5 Prozent größer als im 1913. Dagegen sei die Zinsbelastung der Gemeinden von 250 Millionen Mark, um 19,5 Millionen Mark zurückgegangen.

Der gesamte Fiskusauswand (Armen- und gebobene Fiskus) betrage für 1924: 17 688 100 M. Davon trägt das Land: 4 171 400 M oder 23,6 Prozent, die Gemeinden: 13 516 700 M oder 76,4 Proa., die Kreise: 120 000 M oder 0,8 Prozent.

Gegenüber den Ausgaben des Jahres 1924 mit rund 13,4 Millionen haben die Ausgaben der Gemeinden für dieselbe Periode im Jahre 1913 nur 6 Millionen betragen (alles ohne die Erwerbslosenfürsorge).

Der Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge habe im Monat Mai 1925 bei einem Durchschnittstand von 15 000 Erwerbslosen betragen: 715 263 M. Hieron Gemeindeanteil mit einem Anteil = 67 154 M; dazu ein Drittel für die Arbeitsämter = 30 960, zusammen für einen Monat 104 114 M.

Der übrige Aufwand verbleibt den Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu eigenen Lasten.

Die gesamten Einnahmen an Steuern und Abgaben aller Art haben in Baden betragen: 1913: 53,6 Millionen Mark, 1924: 104,81 Millionen Mark, also eine Steigerung von 95,4 Prozent.

Die Ausgaben des badischen Staates betragen im Budgetjahr 1924/25: Ordentlicher Etat: 166 Millionen, außerordentlicher Etat 62 Millionen, 2. Nachtragsetat 19 Millionen, zusammen 247 Millionen Mark.

In der hierzu geflogenen Aussprache kam der Ausschuss zu seiner bestimmten Stellungnahme, eine Beratung in den Fraktionen soll endgültige Beschlüsse bringen. Auffallend war nur, daß ein Freiburger Zentrumsredner an Hand des Vorschlags der Stadt Freiburg zu beweisen suchte, daß die Ausgaben der Städte zu hoch eingestellt seien und zwar für 1925 um 50 Prozent höher wie 1924! In Fortsetzung der Beratung des Etats des Finanzministeriums wurde der Antrag Duffner (Freisache Nr. 115 und 115a) über die steuerliche Behandlung der Waldungen beraten, d. h. Änderung des § 16 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes. Die Aussprache ergab eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, ob das Grund- und Gewerbesteuerrecht jetzt zugunsten eines Standes, hier Waldbesitzer, geändert werden solle oder nicht. Auch der Regierungsvertreter glaubte warnen zu müssen, eine generelle Änderung zu

gunsten einer Steuergruppe eintreten zu lassen. Für die Änderung sprechen sich Zentrum und Landtag, gegen die Änderung die übrigen Parteien aus. Der demokratische Redner betrad insbesondere die Rückwirkung der Annahme eines derartigen Antrages für die Industrie und betonte, daß weite Kreise der badischen Wirtschaft überseht seien, daß die größte Partei des Landes allmählich einseitige Agitation treibe. Der sozialdemokratische Redner betonte, daß es nun das wiederholte Mal sei, daß Sozialdemokratie und Demokratie Maßnahmen des Finanzministeriums deuten und verteidigen müßten gegenüber dem Zentrum. Der Zentrumsredner widersprach dieser Darstellung scharf, lenkte aber im übrigen ein.

Weitere Kredite für den Weinbau erforderlich. Nach Feststellung des Deutschen Weinbauverbandes reichen die den Winzern vom Reiche zur Verfügung gestellten Kredite bei weitem nicht aus, um es diesen zu ermöglichen, ihren Betrieb solange weiter zu führen, bis sie Einnahmen aus der neuen Ernte erzielen. Bekanntlich entfiel von der zur Verteilung bereit gestellten Summe nur ein Betrag von 76 Mark auf 0,25 Hektar. Diese kleine Summe bedeutete bei der völligen Entblößung des Weinbaues von jeglichem Betriebskapital und den gänzlich fehlenden Weinabfah nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Der Deutsche Weinbauverband hat darum neuerdings bei der Reichsregierung den dringenden Antrag gestellt, weitere Kredite den Winzern zur Verfügung zu stellen unter denselben Bedingungen wie die kürzlich gewährten.

r. Genenbach. Die Stadtgemeinde veranstaltet am 11. August in der Turnhalle eine Verfassungsfeier bei welcher Landtagsabgeordneter Kildert sprechen wird.

### Soziales

#### Nicht Worte, Taten beweisen

Man schreibt uns: Schon längst vertritt die „Gemeinschaft der Freunde“ gemeinnützige Gesellschaft zur Beschaffung von Eigenheimen, Eigenwohnungen und Altersheimen in Ruffenrot bei Heilbronn den Standpunkt, daß die größte Not unserer Zeit, die Wohnungsnot, nicht beseitigt wird durch schöne Worte, die doch nicht zur Ausführung kommen, durch Reden und Deklamationen in Volksversammlungen und dergleichen. Auch Staat und Gemeinde können nicht durchgreifend helfen, weil es ihnen an Geld fehlt, und die Baufrage im wesentlichen eine Geldfrage ist. Retten kann uns nur die Tat, die Tat von Menschen, die in einer großzügig angelegten Selbsthilfeorganisation einander gegenüber die Hand reichen, um aus diesem Sumpf herauszutommen, die wie früher, anfangen zu spüren zu dem Zwecke, für sich und ihre Kinder das Wertvollste, was es geben kann, zu erringen, ein Eigenheim, in welchem unsere junge Generation gesund an Leib und Seele heranwachsen kann.

Es ist doch eine große Tat, wenn in dem kurzen Zeitraum von 7 Monaten bereits 56 Menschen dadurch glücklich gemacht werden konnten, daß ihnen die Summen zum Bau ihres Eigenheims ausgegeben werden konnten. Wieviel Freude ist in diesen Tagen durch die Gemeinschaft der Freunde in diese Häuser gekommen. Und wieviel Wohnunghilfe oder doch ungeliebte Wohnverhältnisse lebende könnten sich in Baden ihres Eigenheims erfreuen, wenn sie durch die Gemeinschaft der Freunde einen Bauparvertrag abschließen. Aber die Welt dieser Bauparverträge geben allen, die sich nach einem Eigenheim sehnen, gerne nähere Auskunft die Geschäftsstelle der Gemeinschaft der Freunde für Baden, Heidelberg, Steinstr. 9. Witer und Witer, schließt Eugen Kinders Baderhäuser Eine Mietwohnung in sein Vaterhaus — nur im Vaterhaus, im Eigenheim mit Hof und Garten kann sich unsere Jugend an Leib und Seele gesund und glücklich entwickeln, nicht in den Mietwohnungen oder Kellern der Großstädte. Ihr Mieter alle, laßt Euch nicht täuschen und kündigt Euch selber nicht: durch Ankauf an die Gemeinschaft der Freunde habt Ihr in ganz kurzer Zeit schon euer eigenes Heim, wohnt von Jahr zu Jahr billiger und nach Wunsch Eurer Abzahlungen völlig frei. In Miete wohnend sollt Ihr in der gleichen Zeit mehr noch mehr an Gesundheit und Alter und habt am Schluß — nichts. Eure Taten müssen es beweisen, daß Ihr Eurer und Eurer Kinder Wohl und dies allein im Auge habt.

### Kleine badische Chronik

\* Laß. Ein Radfahrer überfuhr hier ein 10jähriges Mädchen, das schwere Verletzungen im Gesicht und an den Armen davontrug.

\* Obriegheim. Auf dem Gutsbetrieb des Ritterhofes kam ein 23jähriger Knacht trotz der Schutzvorrichtung in die Trommel des in Betrieb befindlichen Drehschagens, wobei ihm ein Bein vollständig abgerissen wurde.

\* Sasloch. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag brach auf dem Eisenhammer ein Schabener aus, durch das beträchtliche Graphit- und Kohlenstaubbestände vernichtet und das Dach der Gießerei stark beschädigt wurde. Der entstandene Schaden beträgt mehrere Tausend Mark.

\* Wolfeld (bei Wertheim). Ein Frankfurter Motorradfahrer, der vom Vortag kam, wollte an der Rosenmühle einem Stammholzfuhrwerk ausweichen und stürzte dabei infolge Verlangens der Bremse in den Graben. Er wurde gegen einen Stein geschleudert und trug anscheinend schwere innere Verletzungen davon. Eine mitfahrende Dame kam alimpflich davon. Das Rad blieb unbeschädigt.

\* Singen a. S. Am Mittwoch stieß am westlichen Orts- eingang in Worblingen an einer unübersichtlichen Kurve ein Singener Lastauto mit einem Radolkseller Personauto zusammen, wobei letzteres stark beschädigt wurde, ohne daß aber die Insassen zu Schaden kamen. — Dagegen ist der Mischändler Bammerl am Samstag schwer verletzt worden. Er stieß mit einem Auto zusammen und wurde von seinem Motorrad geschleudert, wobei er schwere Kopfverletzungen erlitt. Sein Sohn, der auf dem Motorrad saß, kam mit dem Schreden davon. Ebenso erlitt am Sonntag der Bäckermeister Dextle mit dem Fahrrad zwischen Weil und Wolfshagen einen Unfall, jedoch nur leichter Art.

### Wie einzelne Textildfabrikanten den National-Feiertag vom 11. August beachten

Man schreibt uns: Wie aus verschiedenen Betrieben des Wierentales mitgeteilt wird, sind die Arbeitgeber der Firmen Färberei und Appreturanstalt A.G. Brombach (vormals Febr), Gebrüder Grobmann Brombach und Mech. Weberei Zell, Zwebelbetrieb Schönau an die Arbeiterschaft herangetreten mit dem Ersuchen, am 11. August zu arbeiten.

Da der 11. August in Baden gesetzlicher Feiertag ist, kommen die gesetzlichen Bestimmungen in Frage, wie sie für Sonn- und Feiertage zu beachten sind. Dies sollten unsere Textildfabrikanten doch auch endlich wissen. Noch unverständlicher erscheint uns aber die Haltung der Arbeiterschaft bei der Firma Färberei und Appreturanstalt Brombach, die auf An-

fragen der Firma beschlossen haben soll, am 11. August zu arbeiten, falls die Firma bereit ist, diese Arbeit mit 25 Prozent Zuschlag zu bezahlen.

Der alte Tarifvertrag der Gewerkschaft hat für Arbeiten zu Produktionszwecken an Sonn- und Feiertagen einen Zuschlag von 100 Prozent vorsehen. Darum kümmern sich scheint die Arbeiter dieses Betriebes nicht, sondern geben sich mit 25 Prozent zufrieden. Es ist das eine traurige Erscheinung, daß selbst Arbeiter den Nationalfeiertag der Republik durch ein derartiges Verhalten mißachten. Das Ansehen der Arbeiterschaft dem Arbeitgeber gegenüber wird dadurch sicher nicht erhöht. Wie stellen hiermit die Frage, ob die Betriebsräte die Gesuche an das Gewerbeaufsichtsamt, das zwecks Genehmigung solcher Sonntagsarbeiten in Frage kommt, beizuwortend unterzeichnet haben und ob überhaupt solche Gesuche seitens der Firmen an das Gewerbeaufsichtsamt gelangt sind? Sollte das nicht geschehen sein, würden in diesem Falle Arbeiter selbst dafür sorgen, daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet, sondern außer Kurs gesetzt werden. Wir geben uns der Auffassung hin, daß hoffentlich der größte Teil der Arbeiterschaft für ein solches Verhalten kein Verständnis hat.

### Gewerkschaftliches

#### Warum hat die Spinnerei u. Weberei Steinen 40 italienische Arbeitskräfte angefordert

Man schreibt uns: Wie bekannt sein dürfte, hat die Spinnerei und Weberei Steinen A.-G. an das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Karlsruhe und an das Arbeitsnachweisamt in Vörrach das dringende Verlangen gestellt, ihr unbedingt 40 italienische Mädchen für ihren Spinnereibetrieb zu beschaffen. Dieses Verlangen wurde kurzerhand damit begründet, daß ca. 10 000 Spindeln stillständen, was eine schwere Schädigung der Firma bedeuten würde. Wie die Unterzeichneten festgestellt haben, entsprachen diese Behauptungen nicht den Tatsachen. Der Gemeinderat von Steinen hatte seinerzeit diesen Antrag so ernst und eifrig behandelt, daß die Zustimmung im Umlaufverfahren ohne eingehende Beratung herbeigeführt wurde. Die Organisationsleistungen des Deutschen und Christlich-nationalen Textilarbeiterverbandes haben sofort bekräftigt, daß die Einfuhr italienischer Arbeitskräfte notwendig sei. Sie haben energisch verlangt, daß man auf alle Fälle erst den Versuch machen solle, aus dem Innern des Landes selbst oder aus Deutsch-Oesterreich Arbeitskräfte heranzuziehen. Das Arbeitsnachweisamt Vörrach hat sich hierauf ernstlich bemüht, die geforderten Arbeitskräfte zu beschaffen, was ihm auch schließlich durch Verbindung mit österreichischen Arbeitsämtern gelang.

Das unglücklichste kommt aber jetzt: Nachdem die endlosen Bemühungen mit Erfolg gekrönt waren und der Arbeitsnachweis der Firma 40 deutschsprachige österreichische Mädchen zur Verfügung stellte, gab die Firma Spinnerei und Weberei Steinen die lakonische Erklärung ab: „Das ist nicht in der Lage wäre, mehr wie 10 Arbeiterinnen anzunehmen, weil sie für die übrigen keine Unterkunft habe! Dieser Vorgang stellt wohl einia da und zeigt, welcher Verhöhnung sich die staatlichen und Gemeindebehörden seitens der Herrn Arbeitgeber erfreuen! Dieses Verhalten muß um so bedrückender wirken, als Herr Syndikus Grimm vom Textilarbeiterverband von allem Anfang an und noch in der letzten Zeit alle Kräfteanstrengungen machte, um die 40 italienischen Arbeitskräfte zu erhalten. Das Arbeitsamt Vörrach hätte sich eine hinreichende Klarnage durch dieses Verhalten der Firma ausgedenkt, wenn es ihm nicht in letzter Stunde gelungen wäre, wenigstens weitere 20 Arbeiterinnen in einem benachbarten Betriebe des Wierentales unterzubringen, jedoch nur 10 Arbeiterinnen zurückzugeben werden müßten.

Wir fragen hiermit an: Warum hat aber die Firma 40 italienische Arbeiterinnen angefordert, wenn es wahr ist, daß sie nur für 10 Unterkunft beschaffen konnte und wie hatte man sich die Unterkunft der übrigen 30 Mädchen bedacht? Die Antwort hierauf mag sich der Leser selbst suchen. Eine Sache für sich wird es sein, wie sich die Behörden gegen derartige irreführenden Angaben für die Zukunft schützen werden. Bisher haben die Arbeitervertreter immer den Eindruck gehabt, daß ihren Angaben wenig Glauben geschenkt wurde, während man die Angaben der Arbeitgeber stets als bare Münze hingenommen hat. Hoffen wir, daß dieser Vorgang dazu beiträgt, daß die Angaben der Arbeitgeber hinsichtlich einer sorgfältigen Nachprüfung unterworfen werden, wenn nicht Frau und Gläubiger bei den breiten Massen erschüttert werden sollen. Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Vörrach u. Umgebungen, Lokalsekretariat Vörrach des christlich-nat. Textilarbeiterverb.

### Vermischtes

#### Die Lieblingsgerichte der Reichstagsabgeordneten

Für die Lieblingsgerichte der Reichstagsabgeordneten interessiert sich das „Berliner Tageblatt“. Es hat Nachforschungen angestellt, über deren Ergebnisse es berichtet: „Anschließend wandten wir uns, nach dem Witter des englischen Kollegen, an den Deponen des Reichstages und fragten ihn nach den Lieblingsgerichten der Herren Reichstagsabgeordneten; denn wir glaubten, daß sie nicht nur in Hinblick der Politik, sondern auch in Hinblick des Geschmacks bis zu einem gewissen Grade als die Exponenten des deutschen Volkes zu betrachten seien. Der Deponen des Reichstages war um eine Antwort nicht verlegen, sie kam aus seinem Munde, wie aus einer Pistole geschossen. Das seugt für die Zuverlässigkeit seiner Aussagen. „Die Reichstagsabgeordneten“, laute er, „essen im Winter am liebsten Eisbein mit Sauerkraut und Pfefferkorn mit Erbsenbrei, im Sommer essen sie am liebsten Rinderbraten mit Bouillontartoffeln, daneben werden Bratfleisch mit Fleisch und Fische viel gefragt. Von Getränken werden Mineralwässer bevorzugt. Der Bierumsich ist so gering, daß er nicht einmal mit dem einer kleinen Aneise konkurrieren kann. Nur im Winter wird auch bayerisches Bier für die Bayern gereicht. Süddeutsche und Rheinländer trinken meist ihren Schoppen Wein.“

#### Briefkasten der Redaktion

Wöffingen. Reklamieren Sie bei der Kirchensteuerverwaltung. Ihr Sohn ist zweifellos zu hoch eingeschätzt. Aufwertung Ruppure. Wenn die Verhältnisse so liegen, wie Sie sie geschildert haben, steht Ihnen nach dem Aufwertungsgesetz ein Anspruch auf Aufwertung in Höhe von 25 Prozent des Goldmarkbetrages der Hypothek zu, also in Ihrem Falle in Höhe von 5000 Gm., wobei wir Ihnen aber empfehlen, sich unter allen Umständen Ihre weitergehenden Rechtsansprüche für die Zukunft ausdrücklich vorzubehalten. Ihr Aufwertungsanspruch ist bis zum 1. Januar 1926 beim hiesigen Amtsgericht anzumelden, falls Sie bis dahin nicht eine freiwillige Verflüchtigung mit Ihrem Schuldner über die Höhe der Aufwertung ausstehen gebracht haben. Wenn Sie Näheres wissen wollen, wenden Sie sich an die Geschäftsstelle des Karlsruher Hypothekengläubiger- und Sparerschnusverbandes, Kaiserstraße 26, 3. St., die ihren Mitgliedern gegen den geringsten Mitgliedsbeitrag von monatlich 50 Pfg. jederzeit unentgeltlich Rat und Auskunft in Aufwertungsangelegenheiten erteilt.

# Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 6. August  
Geschichtskalender

7. August. 1819 Karlsbader Beschlüsse (gegen Freiheit der Universitäten, Presse usw.). — 1869 Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Eisenach. — 1900 Wilhelm Liebknecht in Berlin.

## Arbeit schändet nicht

Im eigenen Auto kommen die Herrschaften an, im Kurhaufe steigen sie ab und Wochen, vielleicht Monate bringen sie mit ihrem Nichtstun zu. Sie haben zu leben, die Arbeit machen andere, die Ware an den Mann bringen andere, die Gelder ziehen andere. Die Republik sorgt für ihre Sicherheit, für ihre Ruhe, deshalb schimpfen sie weidlich darauf und pflanzen auf ihre Strandsburgen die Fahne der „gewesenen“ Monarchie.

Jeder Arbeit gehen sie aus dem Wege. Nur die Hände nicht schmutzig machen! „Es muß Herren geben, aber auch Knechte. Das war von jeher so und — muß immer so bleiben. Wir sind die Herren!“ — Das ist ihre höchste und letzte Philosophie. — Die Herren werden bei ihrer Arbeit stets wohlgepflegte Hände behalten!

Auf der Straße zieht eine Kolonne Straßenarbeiter entlang. Da ist ja auch A. dabei. Der arme Kerl hat in den letzten Jahren viel Unglück gehabt, Arbeitslosigkeit, Krankheiten in der Familie usw. — Ich grüße Mann, er dreht sich weg. Er hat mich gesehen, erkannt und — schämt sich. Schämt sich seiner rechtlichen Arbeit!

Wie ist das möglich? A. ist seit vielen Jahren Sozialist. Ich hielt ihn bisher für einen überzeugten Kämpfer. Sollte ich mich getäuscht haben? — Oder ist er auch von dem Wahn befangen, daß seine Arbeit minderwertig sei, daß diese Arbeit ihn erniedrige? Sind wir schon so weit gekommen, daß wir Sozialisten den Maßstab des Faulenzers und des Kapitalisten an die Arbeit legen, und daß wir wie diese die Handarbeit geringschätzen und diese Mißachtung sogar auf den Arbeiter selbst übertragen? Noch einen Schritt weiter, und wir kennen unsere Freunde im Arbeitsmittel nur an Sonntagen, wenn sie den Feiertagsanzug anhaben.

Und solche Menschen wollen sich dann noch Sozialisten nennen? — Nein, sie verdienen den Namen nicht mehr. Ehrliche Arbeit steht dem wahren Sozialisten überall gleich hoch, mag sie am Säurebühse oder Schraubstock, mit der Feder, dem Pinsel oder dem Besen geleistet werden. Jede produktive Arbeit dient der Gesamtheit. Darum ist sie wertvoll. Die Schädlinge der Volkswirtschaft dagegen produzieren nicht, sondern schieben die Waren unnützlich hin und her. Und diese Parasiten können mit Hilfe des Geldes alles erkaufen, auch Macht und Ansehen.

Um so mehr müssen wir selber jede Arbeit achten und schätzen. Weg mit der falschen Scham! Achtung dem Manne, der in der Not lieber den geringsten Dienst verrichtet als Almosen empfängt.

Ehret die wirkliche Arbeit und — die Arbeiter!

Das Postamt will mittags schließen  
Nach neuerlichen Anordnungen, die das Reichspostministerium getroffen hat, wollen die Postanstalten in Orten, die nicht über 500 000 Einwohner zählen, ihre Schalter mittags wenigstens 2 Stunden geschlossen halten. Dieser Anordnung nachkommend, beabsichtigt, wie wir erfahren, auch die Oberpostdirektion Karlsruhe Verfügung dahin ergehen zu lassen, daß in Karlsruhe sämtliche Postschalter entweder während der Zeit von 12—2 Uhr oder von 1—3 Uhr schließen. Eine derartige Maßnahme würde selbstverständlich sowohl für die Geschäftswelt wie auch für die Allgemeinheit von einschneidender Wirkung sein und der Karlsruher Einzelhandel hat denn auch sofort nach Bekanntwerden der Absicht der Oberpostdirektion Karlsruhe Protest gegen die Schließung der Schalter während der Mittagsstunden erhoben.

Wir glauben im Interesse der Allgemeinheit zu handeln, wenn wir uns diesem Protest anschließen und die Oberpostdirektion Karlsruhe dringend ersuchen, von der geplanten Maßnahme abzusehen. Bei der Unmöglichkeit weitester Kreise, ihre Angelegenheiten an den Postschaltern zu einer anderen Zeit als während der Mittagspause abzuwickeln — nachdem ja durch den frühzeitigen Schluß am Abend sowieso schon eine Schädigung der Interessen der Allgemeinheit eingetreten ist — wäre der Mittagschluß der Postanstalten gleichbedeutend damit, daß alle Arbeitnehmer erzwungen würden, sich während der Geschäfts- und Arbeitszeit eine Freizeiterlaubnis zu müssen, für den Fall sie irgend etwas auf der Post zu erledigen haben.

Zu welchen Konsequenzen dies führen müßte, leuchtet wohl ohne weiteres ein und es ist geradezu unverständlich, wie die Reichspost heute in einer Zeit, wo alles auf schärfste Ausnützung der persönlichen Arbeitskraft eingestellt ist, zu derartigen Maßnahmen kommt. Schließlich ist eine öffentliche Verkehrsanstalt doch dazu da, dem Publikum zu dienen und nicht umgekehrt.

Stadtparkkonzert. Am Samstag, den 8. ds. Mts., findet nachmittags von 3—6 Uhr, bei gutem Wetter ein Konzert der Kapelle der Bereinigung des Postbetriebs statt. Herr Obermusikmeister Heßig hat ein vortreffliches Programm vorbereitet, jedoch einige genutzreiche Stunden bevorzugen.

## Karlsruher Polizeibericht vom 7. August

Brand. In der Nacht zum 2. I. Mts. sündete ein im Rangierdienst mahnhafter junger Mann, während er im Bett lag, ein Streichholz an, um nach der Uhr zu sehen. Durch abfallende Funken geriet das Bett in Brand. Sogar das Gemd des jungen Mannes fing an zu brennen. Glücklicherweise trug dieser keine Brandwunden davon. Der entstandene Schaden ist unerheblich.

Verkehrsunfall. Beim Überqueren der Luisenstraße wurde gestern vormittag ein 7 Jahre altes Mädchen von einem Lieferwagen erfasst und überfahren, wobei das Vorder- und Hinterrad des Kraftwagens über den Oberkörper des Kindes gingen. Der herbeigerufene Arzt stellte eine Verletzung des Unterkiefers, sowie Hautabstürzungen am Hinterkopf und blutunterlaufene Stellen am Oberkörper fest.

## Wäula

nach dem Berliner Kurs vom 7. August 1925. Belgien 18.79 M per 100 bel. Fr.; Holland 168.64 M per 100 hfl.; Spanien 60.61 M per 100 Pes.; Schweiz 81.47 M per 100 schw. Fr.; Italien 15.24 M per 100 Lire; England 20.376 M per 1 Pfd. Sterl.; Schweden 112.78 M per 100 Kr.; Frankreich 19.68 M per 100 frans Fr.; Desterreich 59.05 M per 100 Schilling; Neuvort 4.105 M per 1 Dollar; Slowakei 12.42 M per 100 Kronen.

## Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Samstag, 8. August: Zunächst noch heiter, meist trocken, etwas wärmer.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Den Kameraden zur Kenntnis, daß noch Einheitskoppel in auf der Geschäftsstelle Karl-Friedrichstraße 28, 2. Stock, Zimmer 8, zu haben sind.

## Aus der Stadt Durlach

Eitlichkeitsverbrechen. Von der Gendarmerie wurden in letzter Zeit mehrere Eitlichkeitsverbrechen, verübt an Kindern, aufgedeckt und die Täter festgenommen. Darunter befinden sich auch verheiratete Männer.

## Jugend und Sport

### Reichsjugendtag in Hamburg

Abgeschlossen sind die Arbeiten für den Reichsjugendtag. Heute früh 5.45 Uhr fuhr ein Sonderzug für die Sozialistische Arbeiterjugend nach Hamburg. Der Bezirk Baden entsendet zum Reichsjugendtag aus 37 Vereinen 128 Genosseninnen und 248 Genossen, zusammen also 376 Teilnehmer. Aus der Parteilandsammlung sind 1604 Mann an 30 Vereine zur Unterstützung mittellose Jugendlicher gegeben. Es fahren also rund 75 Jugendgenosseninnen und -Genossen frei zum Jugendtag. Mit dem gleichen Sonderzug werden noch befördert die Bezirke: Württemberg mit 200 Teilnehmern, Bessen-Darmstadt mit 180 Teilnehmern, Pfalz-Saar mit 100 Teilnehmern, Groß-Brandenburg mit 200 Teilnehmern; zusammen 680 Teilnehmer. Mehr als tausend Jugendtagbesucher werden in einem geschlossenen Zuge heute abend aus den süddeutschen Bezirken in Hamburg eintreffen, bei der großen Entfernung Hamburgs sicher ein hervorragender Erfolg.

### Festschrift zum Hamburger Reichsjugendtag

Im Arbeiterjugendverlag ist ein Doppelheft der „Arbeiterjugend“ als Festschrift zum 4. Deutschen Arbeiterjugendtag in Hamburg erschienen. Das zweite Heft ist vortrefflich ausgestattet und enthält eine Fülle von guten Aufsätzen, die die Teilnehmer des Jugendtages vertraut macht mit den Schönheiten und der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Welt Handelsstadt. Eingeleitet wird das Heft mit einem wichtigen Gebot von Hermann Claudius. Dann folgen: „Stadt Hamburg an der Elbe Auen“, von S. Subrbier, Hamburg als Stadt der Sozialdemokratie, von G. Leuterich, Die Stadtrepublik, von A. Ferner, Die weltwirtschaftliche Bedeutung Hamburgs, von A. Schult, Von Hamburger Dichtern, von Emil Krause, Etwas vom Heine-Denkmahl in Hamburg, von Max Westphal, Hamburger Kunst, von R. Göhe, Old-Stadt, Gedicht von Alfred Thiele, Hamburg und der Janabund, von C. A. Sellmann, Wie der Hamburger spricht, von S. Subrbier. Dieser Teil ist auch reich illustriert. Neben charakteristischen Bildern aus dem Hamburger Stadtbild finden wir bekannte Hamburger Dichter, wie Büchners, Dehmels und Claudius. Auch alte fahrende Hamburger Sozialdemokraten sind im Bild festgehalten. — Der zweite Teil des Heftes enthält Beiträge führender Mitglieber der Bewegung über die Bedeutung und den Sinn des Hamburger Jugendtages. Zum Schluß führt die Schrift ihre Leser in die Hamburger Seide und in das Ferienlager Puan Kent auf Ost.

Das Heft bietet nicht nur den jugendlichen Teilnehmern am Jugendtag die Möglichkeit, sich schon vorher eingehend über Hamburg zu informieren, es bringt auch viele Anregungen für die erwachsenen Freunde der Jugend, die nur im Geiste Anteil nehmen an den Festlichkeiten der Jugendlichen für ihre Fahrt nach Hamburg. Der Arbeiterjugendverlag, Berlin, SBR. 61, Belle-Alliance-Platz 8, wird die Postnummer der „Arbeiterjugend“, die 40 3 kostet, noch als besondere Beilage in einem wirkungsvollen Umschlag herausbringen und sie zum Preise von nur 50 P. vertreiben.

### Arbeiter-Abfahrter-Bund „Solidarität“, Gau 22.

Kommenden Samstag und Sonntag, den 8. und 9. August, hält der Gau auf dem schön gelegenen Festplatz in Speyer a. Rh. sein Gau-Meisterschaftsfahren ab. Die im Frühjahr als Besitzmeister hervorgegangenen Mannschaften im Herren- und Reigenfahren werden sich nun in Speyer gegenüber stehen und um die Gaumeisterschaft kämpfen. Die Besitzmeister von Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pfalz, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Saarbrücken und Trier treffen schon Samstag in Speyer ein. Ihnen zu Ehren findet, am Samstag abend in der Festhalle ein Festbankett statt. Die besten Kunstfahrer, Turner, Sänger und Athleten werden ein das Publikum aufreißendes Programm vorführen. Sonntag früh 7 Uhr ist Start der Besitzmeister im Straßenfahren. Es werden 20- und 50-Kilometer-Einzel-, 50-Kilometer-Mannschafts- und 6x1000-Meter-Staettenfahrten ausgetragen. Die Rennstrecke ist Speyer, Dudenhofen, Bahnhöfen, Parkhäusern, Schwemmenheim, Speyer. Start und Ziel ist Tafelsbrunnen Speyer. Am 9. August beginnt das Reigenfahren und die Radball-Kämpfe. 21 Mannschaften aus der Pfalz, Saar, Rheinhessen und Baden werden sich um die Gaumeisterschaft bewerben. Da wohl eine jede Mannschaft befreundet sein wird, nur das Beste zu zeigen, wird der Verlauf für das Publikum sehr interessant sein. Um 12 Uhr ist Ausstellung zum Kopf am St. Guido-Platz in Speyer. 1 Uhr Abmarsch durch die Hauptstraße nach dem Festplatz. Nach Ankunft dorthin wird von den Mannschaften Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Bilibi, Sandhofen und Biebrich ein Massenrennen vorgesetzt. Anschließend Entscheidungsläufe im Reigenfahren und Radballspiel, Auftritte der Kunstfahrer-Gruppe „Benjamin und Frau“, 6 Uhr Rekrutatschennantgabe. — Arbeiter, Beamte und Angehörige, Bundesgenossen von Stadt und Land! Kommt zu dieser Veranstaltung und leht Euch die Leistungen der Arbeiterradler an. Alle werden einen genutzreichen Tag erleben. P. B.

### Veranstaltungen des heutigen Tages

Wiener Operette im Konzerthaus: „Die Frühlingsfeier“, 7½. Stadtbaren: Konzert des Musikvereins Karlsruhe. 8—10½. Kaffee Deon: Künstler-Konzert mittags und abends. Palast-Bühne: „Die weiße Schwan“. Exzellenz Künstlerpiele: Jeden Abend 8½ Uhr Kabarett mit Künstlerspielen in seinem Stil. Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends. Techn. Gesellschaft: Ausstellung „Der Zahnarzt“ (mittags 12 bis abends 8 Uhr, Eintritt frei). Gesellschaft „Grüner Baum“: Erdbeichhof täglich „Die lustigen Rheinländerinnen“. Weltkino: „Berrat“, „Moderne Dichter“.

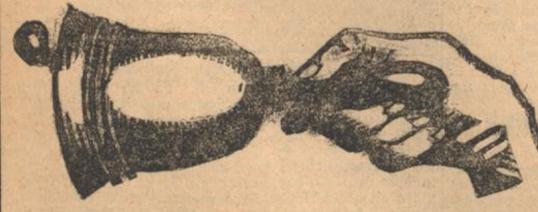
### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Christian Hofel, 73 Jahre alt, Schumachermeister, Witwer. Luise Birklin, 77 Jahre alt, Witwe von Erzelens Dr. Albert Birklin.

### Knorr Suppenwürst

gibt gute Suppen für billiges Geld.

# Höchstleistung



# 12<sup>50</sup>

## Schuhhaus R. DANGER

Kaiserstraße 161, Ecke Ritterstraße

## Schuhhaus „Prophet“

Kaiserstraße, Ecke Lammstraße.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Ein Posten preiswerte

# MERCEDES-

## Stiefel und -Halbschuhe

Elegante braune Boxcalf-Herren-Schnürstiefel	12 <sup>50</sup>
weiß, ringgedoppelt	nur
Herren-Boxcalf-Schnürhalbschuhe	12 <sup>50</sup>
schwarze, elegante moderne Form	nur
Damen-Spangenschuhe mit zwei Knöpfen	12 <sup>50</sup>
spitze runde Form	nur
Damen-Schnürhalbschuhe	12 <sup>50</sup>
spitze runde bequeme Form	nur
<b>Resiposien</b>	
Braune Damen-Boxcalf- u. Chev.-Spangenschuhe	12 <sup>50</sup>
	nur

— Solange Vorrat. —

# Unterhaltung und Belehrung

## Nelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexø

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Die Sache ist ja auch die, daß ein Mann den Witwenhand jätt kriegen kann,“ begann Lasse von neuem, gab es anstellte, ging er rund um die Sache herum und konnte nirgends seinen Haken einfinden — und nun fing Kongstrup wieder an zu lesen. Eine noch so kleine Frage von ihm hätte mitten in das Ganze hineinführen können; aber er pöpselte nur den Mund voll und taute so recht breit.

Lasse war äußerlich niedergelassen und inwendig wild, er stand da und schaute sich an zu gehen. Nelle glotzte die Bilder und die alten, glänzenden Mahagonimöbel an, er bildete sich seine Ansicht über alles.

Da ertönten die energischen Schritte durch die Stuben — man konnte sie ganz von der Küche herauf verfolgen. Kongstrup bekam ein wenig Leben in die Augen, und Lasse richtete sich auf.

„Sicht ihr beide da?“ sagte Frau Kongstrup auf ihre bestimmte Weise, die von so viel Fürsorge zeugte — „aber ich seht euch doch hin. Warum hast du ihnen keinen Studi angeboten, Vater?“

Lasse und Nelle setzten sich, und Frau Kongstrup nahm Platz neben ihrem Mann, den Arm auf seine Kopflehne gestützt. „Wie geht es dir, Kongstrup — hast du ein wenig gearbeitet?“ fragte sie teilnehmend und wupfte an seiner Schulter. Kongstrup murmelte etwas vor sich hin; es konnte ja und nein bedeuten und auch nichts.

„Und was wollt ihr beide denn? Habt ihr Geld nötig?“ „Ne — es ist der Jung' da — er soll abgewiesen werden,“ antwortete Lasse gerade heraus. Der Herrin gegenüber wurde man ebenso klar und bestimmt wie sie.

„Sollst du abgewiesen werden?“ rief sie aus und sah Nelle wie einen alten Bekannten an. „Was hast du denn getan?“

„Ach, ich hab' dem Vater seinen Sohn mit dem Fuß angehoben.“

„Warum hast du das denn auch getan?“

„Weil er nich' vor den Tauschschlägen stehen wollt' und sich an die Erde schmiegt.“

Frau Kongstrup lachte und puffte ihren Mann in die Seite:

„Im, ja freilich — aber was hat er dir denn getan?“

„Er hat schlecht von Vater Lasse gesprochen.“

„War es sehr schlimm, was er sagte?“

„Nelle sah sie fest an — sie mußte auch jeder Sache auf den Grund fahden. „Ich sag' es nich'!“ erklärte er sehr bestimmt.

„Nun ja! — Aber dann können wir uns ja der Sache nicht annehmen.“

„Denn will ich es man lieber sagen,“ fiel ihr Lasse in die Rede, — er hat mich Madam Olsen ihr Kebsweib genannt — nach der biblischen Geschichte, denk ich mir.“

Kongstrup lachte widerstrebend, als wenn ihm jemand etwas Schlimmes ins Ohr geflüstert hätte und er nicht sagen an könne. Seine Frau war ganz ernsthaft. „Ich verhebe das wohl nicht!“ sagte sie und legte ihre Hand dämönsch auf den Arm ihres Mannes. — „Lasse muß die Sache erklären.“

„Das bezieht sich darauf, daß ich mit Madam Olsen aus dem Dorf verlobt war, die alle für eine Witwe hielten — und sie kam ihr Mann ja nu neulich zu Haus. Und da haben sie mich hier in der Umgegend woll den Spottnamen angehaßt, kann ich mir denken.“

Kongstrup hielt wieder mit seinem verhaltenen Lachen an. Lasse sah da und zwinkerte ganz unaufrichtig mit den Augen.

„Rehmt euch einen Auchen!“ sagte Frau Kongstrup sehr laut und schob ihnen die Schale hin. Da schmeckte Kongstrup, er lag da und verfolgte ihren Griff in die Auchenjuchsel mit aufmerksamen Augen.

Frau Kongstrup sah neben ihm und rief eifrig mit dem Mittelfinger gegen die Tischplatte, während sie kauten. „Und du wurde der gute Pelle rasend und schlug um sich?“ fragte sie plötzlich. In ihren Augen sprühte ein Feuer.

„Ja, das hatt' er ja natürlich nich' tun sollen,“ antwortete Lasse klugend.

Frau Kongstrup sah ihn mit großen Augen an.

„Nee, denn so 'n armer Bengel ist bloß dazu da, daß die andern auf ihn loshaben.“

„Ich mag nun freilich den Vogel am liebsten, der wiederholt und das Rest verteidigt, so armelig es auch ist. — Na ja, man müssen wir einmal jeben! — Und er soll konfirmiert werden, der Jung' da? Ja freilich, das ist ja wahr — wie hab' ich nur so verachlich sein können! Dann wird es wohl Zeit, daß wir an den Staat denken.“

„Da sind wir auf einmal zwei Sprgen los!“ sagte Lasse, als sie wieder unten im Stall gingen. „Aber hast du woll bemerkt, wie fein ich es sie verleben ließ, daß du konfirmiert werden sollst? Es war beinahe so, als wenn sie von selbst abgenommen wär.“

Nu wirst du so fein im Zeug wie ein Hahn, die wissen, was dazu gehört, wenn sie erst einmal den Wackel aufgemacht haben. — Nu haben sie die ganze Welt ins Gesicht getriekt, aber was zum Teufel — sie sind ja doch auch man Menschen. — Wenn einer man frei macht — Lasse konnte den erfolgreichen Ausfall gar nicht wieder verhehlen.

Nelle lieb den Alten prähen. „Glaubst du, daß ich auch beherrschte von ihnen krieg?“ fragte er.

„Ja, die kriecht du! Und am Ende geben sie dir auch ein Konfirmationschmaus. Ich sag' sie, aber die Frau, die hat ja das Ganze auf Händen, darüber könn'n wir uns freuen. Hast du woll bemerkt, daß sie wir sagte — wir haben und ja was — in einem Fort? Sie ist fein, auf! Denn er liegt da ja bloß und trit und überläßt ihr das Ganze. Wie gut er es doch hat! Ich glaub', sie könn' durch

das Feuer springen, um ihm einen Gefallen zu tun. Aber das Kommando, das hat sie, weiß Gott! — Na ja, wir woll'n leinem nichts Schlechtes nachsagen; gegen dich is sie ja, als wenn sie deine eigene Mutter wär.“

Frau Kongstrup sagte nichts über den Ausfall ihrer Fahrt am Pfarre — sie pflegte nicht lange über eine Sache zu reden. Aber Lasse und Nelle traten wieder sicher auf; wenn sie sich mit einer Sache abgab, war sie von vornherein in Ordnung.

Noch in derselben Woche kam der Schneider eines Morgens mit einer Schere, der Elle und dem Bißgeseis angehumpelt; Nelle mußte in die Gefindestube hinunter, und da wurde ihm Maß genommen, die Kreuz und Quer, als wenn er ein Preissoch wär. Bis dahin waren ihm seine Sachen immer so aufs Geratewohl genügt. — Es war etwas ganz Neues, daß da wandernde Handwerker auf Steinhof waren; seit Kongstrup am Ruder war, hatten weder Schneider noch Schuster ihren Fuß in die Gefindestube gesetzt. Dies hier war gute alte Bauernsitte, die Steinhof wieder auf steifen Fuß mit den anderen Höfen stellte; die Leute freuten sich darüber; so oft sie konnten, waren sie unten in der Gefindestube, um da unten Luft zu schöpfen und eine von des Schneiders Lüftungsglöhen anzuhören. „Nu hat die Frau das Regiment!“ sagten sie zueinander; in ihrer Hand floß gutes, altes Bauernblut, sie führte alles zu dem guten Alten zurück. — Nelle ging wie ein feiner Herr nach der Gefindestube; er probierte mehrmals am Tage an.

Er probierte zwei ganze Anzüge an, der eine war für Rud, der auch konfirmiert werden sollte. Das war wohl das Letzte, was Rud und seine Mutter hier vom Hofe bekamen. Frau Kongstrup hatte es durchgesehen, daß ihnen ihre Hütte zum Mai gekündigt war. Auf Steinhof wollten sie nie mehr ihren Fuß zu setzen. Frau Kongstrup forste selbst dafür, daß sie bekamen, was ihnen zustand; aber sie gab kein bares Geld, wenn sie es vermeiden konnte.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Frau und die Presse

Die Stellung der Frau zur Presse ist zweierlei Art: Einmal sieht die Frau heute in aktiver Stellung bei der Presse, sie selbst mitgestaltend, zum anderen stellt sie rein passiv und den Inhalt der Presse aufnehmend einen großen Teil der Leser dar. In zwei Etappen hat sich die Stellung der Frau zur Presse grundtätig geändert: beim Beginn der modernen Frauenbewegung und beim Eintritt der Frau in die Politik.

Bis die Frauenbewegung als kultureller Kampf zur zeitigen Befreiung der Frau einsetzte, waren die Interessen der Frau in der Presse gar nicht vertreten. Die Frau ging für die Presse unter im Publikum, das unterhalten sein wollte, das zu Modetouren und zum Roman griff. Die Mode und die Romane wurden von den Männern gemacht; und bis heute wird noch der größte Teil der für die Frauen bestimmten Zeitschriften von Männern geleitet. Selbst auf dem weitesten Gebiete der Frau, der Mode in ihrer Propaganda in der Presse war sie nahezu ohne jeden Einfluß.

Als sich die Frau mit Beginn der Frauenbewegung aus ihrer scheinbaren Negativität löste, wendete auch die Stellung zur Presse. Die Frau schuf sich eine eigene Presse als Sprachrohr ihres zeitigen Befreiungskampfes. Die Einzelkämpferin änderte sich aber zunächst, von einem kleinen Kreis abgesehen, grundtätig sehr wenig. Die Veränderung vollzog sich erst unter dem Einfluß der zunehmenden Industrialisierung der Volkswirtschaft, durch die die Frau in den Produktionsprozeß gedrängt wurde. Die praktische Arbeit hob die Frau aus ihrer bisherigen Stellung als Ehefrau und Mutter zwar nicht heraus, sie erweiterte aber den Pflichtenkreis um ein Gemaltiges und erst später kamen zu den Pflichten allmählich auch Rechte. Die Anfänge zur Erringung dieser Rechte finden sich zwar im Frauenstimmrecht, aber erst als die Wirtschaft die Frau in die Öffentlichkeit zog, wurden auch die Voraussetzungen für die Teilnahme der Frau an der Politik und damit am Gesamtinhalt der Presse geschaffen. Die Sozialdemokratie war es, die im Jahre 1891 im Erfurter Programm die volle Gleichberechtigung der Frau auch auf politischen Gebiete forderte.

Mit der wirtschaftlichen Umgruppierung der Frau änderte sich auch ihre Stellung auf Presse. Es blieb zwar immer noch ein kleiner Kreis, der über den Roman, den Modeteil und die Lokalnotizen hinaus die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Vorgänge in der Presse verfolgte. Dieser kleine Kreis setzte sich hauptsächlich zusammen aus den wenigen Frauen, die aktiv in der bürgerlichen Frauenbewegung und damit auch im politischen Leben standen. Für die breite Masse der weiblichen Bevölkerung wirkte sich der wirtschaftliche Umchwung, der die Frau in Berufs wagna, nur sehr langsam aus ihrer Stellungnahme zur Presse. Selbst die Revolution, die der Frau das Wahlrecht brachte, hat keine allzu umwälzende Veränderung in der Stellungnahme der Frauen zur Presse gebracht. Das läßt sich erklären. Die Frau ohne lange politische Schulung, ohne eine andere Einstellung zur Wirtschaft als die des reinen Erwerbampfes, muß das Wahlrecht erst in n e r t i g erobert und damit zu einer Selbstverständlichkeit erheben.

Sinnlos wäre es, die Forderung aufzustellen, die Presse dem Verständnis der Frau näher zu rücken. Vielmehr muß die Politik, d. h. das öffentliche Leben, mit dem Geiste der Frau mehr durchdrungen werden und dann wird auch die Presse von selbst ein anderes Antlitz bekommen. Ein radikaler Uebergang kommt hier nicht in Frage, das muß sich vielmehr auf dem Wege der Entwicklung von selbst ergeben.

Lucy Dörre.

## „Der Zahnarzt“ — „Unsere Zähne“

Zu dem Artikel vom Samstag, den 1. August wird uns vom Genossen Zahnarzt Ernst Cohn geschrieben:

„Die Bemerkung des Reichsverband Deutscher Dentisten, daß die Ausstellung der Zahnarzt in Karlsruhe ein Konkurrenzunternehmen für die im September hier stattfindende Ausstellung der Dentisten „Unsere Zähne“ darstellen sollte, ist schlicht vollkommen unrichtig. Zunächst ist zu bemerken, daß die deutschen Zahnärzte schon vor Jahren ähnliche Ausstellungen veranstaltet haben, wie sie heute in Karlsruhe stattfindet. Schon im Jahre 1909 fand anlässlich des 5. internationalen zahnärztlichen Kongresses im Berliner Reichstagsgebäude eine groß angelegte Ausstellung statt, die einen Gesamtüber-

blick über alle Gebiete der Zahnheilkunde gab. Im Jahre 1911 beteiligten sich die Zahnärzte nicht unwesentlich an der großen Hygiene-Ausstellung zu Dresden. Mit Recht können also die Zahnärzte die Behauptung der Dentisten zurückweisen, zuerst den Gedanken für eine derartige Ausstellung in die Tat umgesetzt zu haben.“

Zu dieser Nichtteilnahme des Genossen Zahnarzt Ernst Cohn sei zunächst bemerkt, daß seine einleitenden Worte, „Die Bemerkung des Reichsverb. Deutscher Dentisten“, also die Vermutung, der Artikel ginge von Seiten der Dentisten aus, nicht richtig sind. Der Reichsverband Deutscher Dentisten hat in unserem Artikel „Der Zahnarzt“ — „Unsere Zähne“ gar nichts „bemerkt“; er steht jenem Artikel vollkommen fern. Der Artikel wurde geschrieben auf Grund ganz offenkundiger Tatsachen, auf die nochmals einzugehen jetzt keinen Zweck hat. Die Nichtteilnahme des Genossen Cohn vermag unsere einwandfreien Feststellungen nicht abzuschwächen, nämlich daß die Ausstellung „Der Zahnarzt“, die ganz plötzlich hier in Karlsruhe auf der Bildfläche erschien, nachdem schon monatelang bekannt war, daß im Spätjahr der Reichsverband der Dentisten seine große Ausstellung „Unsere Zähne“ in Karlsruhe veranstalten würde, lediglich nach Karlsruhe verlegt wurde, 4 Wochen vor der Dentisten-Ausstellung, um dieser letzteren Ausstellung Abbruch zu tun. Wir können allerdings heute schon feststellen, daß diese Absicht der Zahnärzte mißlungen ist.

Bemerkten wollen wir aber noch, daß von Zahnärzten selbst während der verflorenen Ausstellungswoche wiederholt betont wurde, dies sei die erste Ausstellung dieser Art. Na also!

Wenn Gen. Zahnarzt E. Cohn in einem weiteren Teil seiner Zuschrift, den wir aber, weil nicht zur Sache gebörend, nicht wiedergeben u. a. bemerkt, daß allein die Zahnärzte berufen seien, die zahnärztliche Sanierung des deutschen Volkes in die Hand zu nehmen, so haben wir vor dieser Selbstüberschätzung des eigenen Berufs ja alle Hochachtung; aber mit dieser Selbstüberschätzung allein ist es halt nicht getan. Es gibt nämlich noch jemand, der in dieser Sache ein gemächliches Wort mitsprechen hat. Und das ist die verheerliche Patientenenschaft. Und der wird man es wohl überlassen müssen, wenn man sie sich ihre Zähne „sanieren“ lassen will. Wir glauben aber sicher von dem, — zu dem sie das meiste Vertrauen hat. h. w.

## Bücherchau

Prof. Dr. Maxer: Lassalles Weg zum Sozialismus. Im Verlag J. S. W. Dieb Kachl, Berlin ist unter diesem Titel die Festschrift im Druck erschienen, die Prof. Gustav Maxer zum 100. Geburtstag Lassalles in der Geburtsstadt des großen Volkstribunen gehalten hat. In knappen Zügen und schlagender Sprache entwirft der verdienstvolle Herausgeber von Lassalles nachgelassenen Briefen und Schriften ein anschauliches, klugvolles Bild von dem Weg, der den jungen Handwerker, neugeborenen aus dem Geiste Hegelscher Philosophie, zum Sozialismus führte. Wir möchten diese Schrift besonders empfehlen und nachdrücklich auf die Stellen verweisen, an denen von Lassalle gesagt wird, er habe immer wiederholt, daß die Befreiung und Aufstieg nur das Werk der Arbeiterklasse sein könne, daß aber für dieses hohe Ziel zu wirken, nur fähig und würdig sei, wer an sich selbst die höchsten Anforderungen stelle. Und würdig schließt der Verfasser, wenn er sagt, wir können Lassalle nicht besser ehren, als indem wir uns gebören, im Geiste seines hohen Idealismus, jeder an seiner Stelle dafür zu arbeiten, daß die deutsche Arbeiterklasse streng und anpruchsvoll über die Reinheit ihrer Gesinnungen und die Tadellosigkeit ihrer Handlungen wacht.

Die Kohstofffrage der Wirtschaftsgesundung. Von Dr. Georg Berger, Berater der Volkswirt des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum. Heft 3 der von Ernst Dietrich herausgegebenen Schriftenreihe des „Stur“. Preis 50 J., 10 Bände 4 M. Im Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Weißensee. Der Verfasser behandelt die Frage der Wichtigkeit der Kohstoffversorgung für jedes Volk, veranschaulicht die furchtbaren Verluste der deutschen Volkswirtschaft infolge des Friedensvertrages von Versailles, legt dar, wie Deutschland immerhin noch Kohlen- und Kalksteine verblichen sind und beschäftigt sich damit, inwiefern die auch in Deutschland hergestellten Leichtmetalle einen gewissen Ersatz für verlorene Erzgruben bieten können. Die sehr klar und wirksam geschriebene Broschüre greift schließlich nach der Zusammenhänge, der zwischen dem Kohstoffreichtum eines Landes und der Höhe der Lebenshaltung seiner Bevölkerung besteht.

## Anekdoten aus England

Ein Britte verhandte, nachdem ihm das Todesurteil gesprochen war, folgende Einladungen: „Morgen, den vierten dieses, werde ich gehent und bitte um die Ehre Ihrer Begenswart.“

Kennolds war ein Opfer der Gewohnheit geworden, er konnte kein Bildnis mehr malen, das den Porträtierten nicht mit dem Hut unter dem Arm zeigte. Einst malte er das Bild eines Seemanns, der die Rüste durchaus auf dem Kopf behalten wollte. Kennolds gab schließlich nach, doch im Eifer der Arbeit verfiel er in die alte Gewohnheit, und so hatte der Küpitan schließlich noch einen Hut unter dem Arm.

Ein reisender Engländer kam einmal, so weiß Vitaval zu erzählen, nach Spanien und ließ sich das berühmte Kloster el Escorial zeigen. Da es ein sehr vornehmer Engländer war, so führte ihn der Abt in eigener Person. „Dieses Kloster“, sagte der Abt, „ließ König Philipp der Zweite erbauen, um ein Gelübde zu erfüllen: Er wollte, hatte er gelobt, das Kloster stiften, wenn Gott ihn in der Schlacht von St. Quentin würde siegen lassen.“ „God's heaven, Ehrwürdiger Vater“, sagte der Engländer, „was muß der König für eine Angst gehabt haben, um so ein großes Gelübde zu tun!“

Im 18. Jahrhundert, als in England das Strohkrautweseu blühte, wurde Lord Berkeley in der berühmtesten Hounslow-Heide überfallen. „Endlich habe ich Sie, Mylord“, sagte der Räuber, „haben Sie sich nicht gerührt, Sie würden sich niemals berauben lassen?“ „Das würde ich auch nicht“, entgegnete der Lord, „wenn Sie nicht noch den Kerl mit hätten, der Ihnen über die Schulter sieht.“ Der Räuber drehte sich erstaunt um und wurde in diesem Augenblick vom Lord abgeschossen.

Wir entnehmen diese Anekdoten dem 17. Heft der „Großen Welt“. Es ist für M. 1.50 überall zu haben, oder direkt zu beziehen durch die Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig, Johannisgasse 8.

# Badischer Landtag

46. Sitzung.

h. v. Karlsruhe, 6. August.

Nach der gestrigen Berichterstattung des Abg. Kaulsch über den

## Anttrag Rüger

soll nun heute die Debatte beginnen. Da jedoch eine umfangreiche Aussprache zu erwarten gewesen wäre, so daß dann keine Aussicht mehr bestanden hätte, daß der Landtag mit seinen Arbeiten bis Freitag Abend fertig geworden wäre, kam im Haushaltsausschuß eine Einigung zustande, daß der Antrag im Plenum nicht behandelt werden sollte, das Zentrum seinen Standpunkt jedoch in einer Erklärung niederschreiben könne. Diese Erklärung wurde vom Abg. Rüger verlesen. Danach steht das Zentrum noch heute auf dem Standpunkt des Antrags Rüger; die Zentrumsfraktion aber der festen Überzeugung, daß nur auf dem vorerwähnten Wege das Ziel einer geordneten Fürsorge erreicht werden kann. Der Vorwurf parteipolitischer Erwägungen wird als objektiv unwahr zurückgewiesen. Das Zentrum ist der Auffassung, daß die Frage der Fürsorgeerregung mit dem Schicksal unserer ganzen inneren Staatsverwaltung im Zusammenhang steht. Da jedoch alle diese Fragen nicht mehr in der nötigen Weise in diesem Landtag zur Beratung gelangen können, sieht das Zentrum seinen Antrag zurück, behält sich aber vor, den Antrag im nächsten Landtag erneut einzubringen. — Der Antrag, über den schon so viel geredet und geschrieben wurde, ist somit für diesen Landtag erledigt.

Die Denkschrift des Ministers des Innern über die Regelung des Polizeiwesens in Baden wird zur Kenntnis genommen.

## Gesuche.

**Bereiniguna der Gemeinde Präg mit der Ortsgemeinde Serrenschwand.** Abg. Martin berichtet, Präg weigert sich, Serrenschwand einzuverleiben, weil dieses eine arme Gemeinde sei. Der Bezirksrat Schopfheim billigte die Bereinigung beider Gemeinden. Der Berichterstatter beantragte namens des Rechtsprekassen Ausschusses Übertragung zur Tagesordnung. Das Haus beschließt ohne Debatte demgemäß.

**Bereiniguna der Gemeinde Grobinderfeld mit der abgeordneten Gemarlung Hof Baieral.** Berichterstatter Abg. Berkle. Die Regierung hat die Bereinigung dieser beiden Gemarlungen angeordnet; eine Beschwerde an das Staatsministerium wurde abgewiesen, worauf sich beide Gemeinden an den Landtag wandten. Der Ausschuss beantragt, über beide Gesuche zur Tagesordnung überzugeben. So wird auch beschlossen.

**Die Lage der Schutzpolizei.** Abg. Weismann berichtet über ein Gesuch des Verbandes der Polizeibeamten Badens, das verlangt, daß das Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder bis zum 31. Dezember 1923 außer Kraft gesetzt werde. Dieses Gesetz steht der Verbesserung und Regelung der Rechtsverhältnisse der Polizeibeamten hemmend gegenüber. Der Ausschuss beantragt Überweisung der Eingabe an die Regierung zur Kenntnisnahme, da es sich zunächst um ein Reichsgesetz handle, auf das der Ausschuss keinen Einfluß habe. Der Antrag wird gegen zwei Stimmen der Kommunisten angenommen.

**Eingabe einzelner Einwohner Weinheims betr. die Aenderung der Bestimmungen über den Wägenverkehr.** Die Eingabe wendet sich gegen die Aufhebung des Wägenverkehrs in Gemeinden über 10 000 Einwohnern, die verlangt Rückgabe des Wägenverkehrs in Gemeinden bis zu 40 000 Einwohnern. Nach dem Bericht des Abg. Rüger wird der Antrag der Regierung als Material überwiesen. Die Kommunisten enthalten sich der Stimme.

**Einige Gesuche und Anträge, die die Denkschrift über die Unterhaltung des badischen Landstraßennetzes, die Meliorationswesen und die Verbesserung der Landstraße Nr. 5 zwischen Welsheim und Scheffeln betreffen, werden nach den Anträgen des zuständigen Ausschusses erledigt.**

**Gesuchentwurf über die Aenderung des Besoldungsgesetzes.** Das Besoldungsgesetz vom 26. Juni 1923 soll dahin geändert werden, daß die Obersekretäre unter bestimmten Voraussetzungen von der Gruppe 7 nach der Gruppe 8 versetzt werden können. Ohne Debatte wird dem Berichterstatter durch Frau Abg. Niesel das Gesetz angenommen. Der Landtag enthält sich der Stimme.

Im Anschluß an diesen Gesuchentwurf wird nachträglich eine Petition des Nachtragsantrags, Abteilung Ministerium des Kultus und Unterrichts erledigt, wonach nun nach Annahme obigen Gesetzes 200 Hauptlehrstellen von Gruppe 7 nach Gruppe 8 versetzt werden können.

Eine längere Debatte entspann sich bei der Verabschiedung einer Petition des Nachtragsantrags Abteilung Staatsministerium, Schaffung der Stelle eines Direktors des Staatsministeriums, Schaffung der Stelle eines Direktors des Staatsministeriums. Der Haushaltsausschuß beantragt die Erhebung der Stelle; von Zentrumseite wird Genehmigung beantragt. — Abg. Dr. Hofner beantragt schließlich, diese Petition auszufolgen bis nach Erledigung des nächsten Punktes der Tagesordnung, welchem Antrag zugestimmt wird.

## Die Beamtenpetitionen

Über die 6 Anträge und 58 Petitionen betr. die Anstellung, Beförderung und Besoldung der Beamten berichtet Abg. Dr. Glöckner den Ausschussbericht. Der Ausschuss hat erkannt, daß es bei der dem Landtag noch zur Verfügung stehenden Zeit ein Ding der Unmöglichkeit wäre, alle Anträge und Petitionen mit der nötigen Sorgfalt und Gründlichkeit zu behandeln. Die Regierung hat jedoch erklärt, daß die einzelnen Ministerien vor der Aufstellung des Staatsvoranschlags 1924/27 prüfen werden, ob und inwieweit die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Beamten verbessert werden können. Diese Erklärung sei kein Trost. Der Haushaltsausschuß hat sich deshalb auf folgende Erledigung der Anträge und Petitionen geeinigt:

1. die Beamten-Petitionen der Regierung zur Kenntnisnahme in dem Sinne zu überweisen, daß sie entsprechend der in der Sitzung des Haushaltsausschusses abgegebenen, Regierungserklärung vor Aufstellung des Staatsvoranschlags für die Jahre 1926/27 prüfen möge, ob und inwieweit die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Beamten verbessert werden können.

2. die auf die Verbesserung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Beamten bezüglichen Anträge durch die Beschlußfassung zu Ziffer 1 für erledigt zu erklären.

Der Ausschuss hat diesen Antrag mit 10 gegen 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. — Abg. Föhr (Str.) bedeutet, daß die Petitionen nicht zur Beratung haben können, das Zentrum stimmt aber dem ersten Teil des Antrags ab.

Abg. Mater-Heidelberg (Sos.): Dass Diözesanräubers, trags zu. (Abg. Mater-Heidelberg (Sos.): Das Wahlverste wird eben angefangen, zu fassen!!) Es seien Gesuche dabei, die 9 Monate alt sind und die inzwischen hätten erledigt werden können. Den zweiten Antrag des Antrags lehnte das Zentrum ab. —

erklärt, daß er von seinem Zwischenruf, daß das Wahlverstehen geteilt werden solle, nichts zurücknehme. Die Zentrumsfraktion ist so stark, daß sie die Beratung ihrer Wünsche hätte erzwingen können. Ein Vorwurf gegen den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Abg. Marum, ist zurückzuweisen. Die Reichstagswahlen, der Tod des Reichspräsidenten, die zwei Reichspräsidentenwahlen, das sind die Vermungen, die den Landtag an seiner gerechten Arbeit hindern.

Auch der Verlauf der Dinge im Reich sieht eine Einberufung des Plenums nicht anständig erscheinen. Und dann war es doch auch gerade der Finanzminister, der dem Zentrum angehört, der erklärte, es habe alles seinen Zweck, es habe seinen Wert, Beschlässe zu lassen, denn er habe kein Geld. Bei der Sperrfrist wäre entstanden beim Zentrum, wenn wir den Finanzminister in der Zeit angezweifelt hätten, was es seine eigene Partei in den letzten Tagen geschah. Auch wir hätten verschiedenen künftigen Wünschen Rechnung getragen, so bezüglich des Ministers in Nebenangelegenheiten und der Insel Reichenau, aber wir mühten uns bei dem Angebots der kategorischen Erklärung des Finanzministers, es sei kein Geld da. Selbst für die Tabaksteuerbekämpfung war kein Geld da. Wir sind genau so fest überzeugt davon, daß auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung, Beamtenanstellung und -Beförderung, wie auch der Staatsarbeiter im nächsten Staatsvoranschlag manches getan werden muß. Es ist gestern wieder erklärt worden, daß die Staatsregierung es entschieden ablehnt, im Nachtrag des Staatsvoranschlags auch nur einen Pfennig ändern zu lassen. Wenn man den Beamten einen Dienst leisten will, dann darf man nicht eine einzelne Kategorie herausheben, oder einen einzelnen Mann, sondern man muß der Regierung alle Wünsche mit der gleichen Gefinnung überweisen. Wir müssen der Regierung mit einer gewissen Solidarität gegenüber treten und sie auffordern, ihre Pflicht den Beamten und Arbeitern gegenüber zu tun. (Beifall bei den Sos.)

Abg. Dr. Glöckner weist ebenfalls den verletzten Vorwurf des Abg. Föhr gegen den Abg. Marum zurück. Wenn der Nachtrag zum Staatsvoranschlag so spät einlangt, so hängt dies doch auch mit der Arbeit des Reichstags zusammen. — Abg. Duffner (Str.) bezeichnet die Ausführungen des Abg. Mater-Heidelberg als unmaßlich. Mater habe sich zu Ungerechtigkeiten hinreißen lassen. — Abg. Dr. Föhr (Str.) will natürlich den Vorwurf, daß er Wahlmanie betriebe, nicht gelten lassen. Herr Föhr brachte auch jetzt nochmals die Lauffrist auf, seine Angriffe gegen den Abg. Marum zu wiederholen und fortzusetzen, obgleich Marum nicht mehr anwesend ist. Bei Anwesenheit des Abg. Marum hätte wohl der Herr Föhr nicht den Mut gehabt, seine Angriffe zu erheben. Vornehm ist dieses Verhalten des geistlichen Abgeordneten nicht. Die Vertagung des Innensitzungsabgeordneten war zwar etwas lang, dafür aber äußerst angebracht und danach gelungen. — Abg. Dr. Mathes (D. Vp.) schadenfreut sich über den Streit zwischen den Koalitionsparteien. Ein Teil der Vorlagen hätte früher behandelt werden können. Das „Wahlmanie“ zu schieben, sei sonst das Vorrecht der Opposition, die Koalition habe also in die Rechte der Opposition eingegriffen (Seitertell).

Abg. Mater-Heidelberg (Sos.) stellt fest, daß man auf Seiten des Zentrums verjährt die Geschäftsfrage zu verfechten. Es sei einfach unmöglich gewesen, sämtliche Petitionen der Beamten einzeln durchzubearbeiten. Präsident Dr. Baumgarten war es, der die Wünsche im Ausschuss zum Antrag formuliert; man war im Ausschuss der Auffassung, daß so wie dort auch im Plenum die Dinge behandelt werden sollen. Seit kommt aber der Abg. Föhr und will an nichts sein. Dieses Verhalten ist illoyal gegenüber den anderen Parteien. Es dreht sich doch darum, ob man glaubt, in 2 oder 3 Wochen die Petitionen zu erledigen, oder ob man der Überzeugung ist, daß technisch die Erledigung unmöglich ist. Kommt man zu letzterer Überzeugung, dann soll man lokal sein und nicht hier wieder eine andere Haltung einzunehmen versuchen. Was die Förderung der Geschäfte im Haushaltsausschuß anbelangt, so muß festgestellt werden, daß Abg. Marum doch Meister in raschen Arbeiten ist. Die Auseinandersetzung hier wäre nicht nötig gewesen, wenn es der Abg. Föhr nicht beliebt hätte, das Zentrum aus den anderen Parteien heraus auf einen etwas höheren Schmelz zu heben. (Beifall und Zustimmung.)

Abg. Dr. Enler (Sos.) erklärt, daß in der sozialdem. Fraktion noch niemand einen Vorwurf gegen die Geschäftsführung des Präsidenten Baumgarten erhoben habe. Die Beamtenwünsche können nur zusammenfassend und nur auf Grund einer Regierungsvorlage erledigt werden. Einzelwünsche hervorzubehalten, führt immer zu Konsequenzen. Wir werden uns unsere Stellungnahme vorbehalten, wenn das Zentrum gegen den zweiten Teil des Antrags ist. Wenn Sie (zum Zentrum) Zeit haben, hier zu sitzen, so haben wir diese Zeit auch. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Minister und seiner Partei kommt es immer darauf an, wie diese Differenzen beseitigt werden. — Abg. Dr. Schofer (Zentr.) übernimmt nun die Führung im Kampf auf Zentrumseite, damit Herr Dr. Föhr keine weiteren Dummheiten mehr machen kann. Herr Schofer verstand es bestens, die Bienen zu säufen, die Debatte löste sich in ein heiteres Hin und Her, Hinüber und Zurück auf. Auch Abg. Dr. Mathes bekam einige freundliche Seitenhiebe, die dieser schmunzelnd quittierte. Bemerkenswert an den weiteren Ausführungen des Abg. Schofer war, daß er meinte, es müßten schlechte Parteiführer sein, die über solche Dinge, wie die hier zur Beratung stehenden, eine Koalition in die Brüche geben lassen wollten. — Nach weiteren Bemerkungen der Frau Abg. Niesel (Zentr.) verteidigt Abg. Hücker (Sos.) nochmals den Abg. Marum gegen eine Bemerkung des Abg. Schofer. Wenn es Abg. Föhr wirklich ernst gewesen wäre, einen seiner Anträge zur Beratung zu bringen, dann hätte er es im Ausschuss oder hier im Plenum veranlassen können. — Die Debatte zieht sich immer weiter hin, es sprechen noch der Staatspräsident Dr. Helfpach, Abg. Dr. Mathes (D. Vp.), Abg. Dr. Schofer (Zentr.). Der erklärte, daß seine Fraktion nun nach den aufklärenden Mitteilungen des Staatspräsidenten, dem ganzen Antrag zustimmen werde. — Somit war also die ganze nahezu 2 Stunden währende Debatte, die unbeschämten Auseinandersetzungen, der Arbeiter der Abg. Föhr war „für die Katz“, eine unnütze Zeitverdrödelung.

Der erste Teil des Antrags wurde hierauf einstimmig angenommen. Bei der Abstimmung über den zweiten Teil des Antrags enthält sich ein Teil des Zentrums der Stimme.

Nach Ausführungen des Staatspräsidenten über die zurückgestellte Petition betreffend den Beamten des Staatsministeriums, dessen Aufstellung auf Antrag des Haushaltsausschusses getriden werden soll, wird der Antrag des Zentrums auf Genehmigung der Petition abgelehnt und der Antrag des Haushaltsausschusses auf Verlegung der Petition angenommen, mit 27 gegen 21 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Am 12½ Uhr war endlich auch die Arbeit dieses Tages erledigt, die nächste Sitzung wird auf Freitag früh 8 Uhr anberaumt.

## Verlegung auf Anfang Oktober

Der Landtag wird nun doch nicht diese Woche mit seinen Arbeiten fertig werden. Es war ursprünglich geplant, am Freitag Abend unter allen Umständen Schluß

zu machen, selbst unter Zuhilfenahme von Nachsitzungen. Denn auch im Landtag herrscht — wie im Reichstag — die Auffassung, daß länger wie diese erste Augustwoche das Haus nicht beschlußfähig zu halten sei. Es war aber schon von vornherein bei einem auch nur oberflächlichen Ueberblick über die noch zu erledigende Arbeit klar zu erkennen, daß selbst bei einer noch so großen Kohlenarbeit, dieser oder jener Gesuchentwurf zurückgezogen wurde, es ausgeschlossen war, bis Freitag Abend alles aufgearbeitet zu werden. Es ist nur neben einigen wichtigen Interpellationen auf die beiden Gesuche betr. die Steuer-Verteilung und betr. die Lehrerbildung hingewiesen.

Diese Auffassung der Unmöglichkeit, diese Woche mit den Arbeiten zu Ende zu kommen, verbreitete sich auch immer mehr unter den Mitgliedern des Hauses und es ist nun, wie wir hören, beabsichtigt, am Freitag den Landtag nicht zu schließen wie vorgesehen war, sondern in der letzten Tagen des September zur Aufarbeitung des restlichen Stoffes zusammenzutreten, während das Plenum Anfang Oktober einberufen werden soll. Die Sitzung soll dann nur wenige Tage dauern und hierauf soll definitiv Schluß gemacht werden.

Soweit die Pläne, wie sie in den maßgebenden Kreisen des Hauses gehegt werden. Wie es nun bei der Schlußtagung im Oktober — im Wahlsmonat! — kommen wird, wird abzuwarten sein. Zum Glück ist der Wahltermin von der Regierung bereits festgesetzt. Der Landtag würde sonst sicher auch im Oktober mit seiner Arbeit nicht fertig werden. Die Tagung im Wahlsmonat wird sicher gewaltige Wahlereignisse bringen. Ob in der Wahlhose noch positive Arbeit geleistet werden kann, wird abzuwarten sein. —

## Die Besetzung kommunaler Dienstgebäude

Eine energische Entscheidung des preussischen Innenministers

In dem Streit um die Besetzung kommunaler Dienstgebäude, der insbesondere durch die provokatorische Haltung des Potsdamer Magistrats hervorgerufen wurde, hat der preussische Minister des Innern, Severina, in ganz eindeutiger Weise eine sehr energische Entscheidung gefällt. Der Minister weist in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten darauf hin, daß es der Einlieferung der Gebietskörperschaften in Staat und Reich entspricht, daß sie nur die neuen Reichsfarben führen dürfen. In der Besetzung mit den alten Reichsfarben durch diese Stellen steht der Minister nicht nur eine Verletzung der gebotenen Achtung gegenüber den früheren Reichsfarben, sondern eine bewusste und gemaßte Mißachtung der schwarz-rot-goldenen Nationalflagge, die sich in gar keiner Weise, insbesondere nicht durch Berufung auf das Recht der Selbstverwaltung, rechtfertigen läßt. Das sind die Gründe, aus denen heraus der Minister sich entschlossen hat, unter keinen Umständen eine mißbräuchliche Verwendung der früheren Reichsfarben zu dulden.

## Von den Wirtschaftskämpfen

Aus dem Baugewerbe

Berlin, 6. Aug. Die Unternehmer im Baugewerbe haben kürzlich in Hannover beschlossen, noch 14 Tage zu warten und dann die Generalausperrung zu verkünden. Acht Tage vor Ablauf dieser Frist haben nunmehr die Berliner Bauunternehmer für Freitag, den 7. August, die Generalausperrung in Großberlin in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder angekündigt. Man weiß nicht, welchen Zweck die Generalausperrung haben soll, da in Berlin ja sämtliche Bauarbeiter streiken und nur von ihnen freiwillig übernommene Leistungen auszuführen werden. Man kann nur annehmen, daß die Bauunternehmer durch dieses Lustspiel ihren Kollegen im Reich das Maßkrat stellen wollen, damit sie Couraee bekommen, in acht Tagen, die in Hannover beschlossene Generalausperrung durchzuführen. Diese moralische Unterstützung scheint nach einem anderen Urteil der Berliner Bauunternehmer außerordentlich notwendig zu sein. In Berlin allein haben bisher rund 300 Betriebe mit rund 4000 Arbeitern die Forderung der Arbeiter bewilligt. Es handelt sich hier nicht um ein kleineres Geschäft und von den Großen auch nicht um ein gewisses geschäftliche „Bauchhüte“, die allein 600 Arbeiter beschäftigt und die fortgesetzt neue große Bauaufträge erhalten. Das erwähnte Rundschreiben machte den bewilligten Firmen ernste Vorhalte gegenüber ihrer Disziplinlosigkeit und veranlaßte von ihnen in kürzester Zeit eine klare Entscheidung darüber, ob sie in Zukunft dem Beschluß der Dramantisten zu folgen gedenten oder nicht. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß bei einem nicht geringen Teil der ausperrten Firmen finanzielle Schwierigkeiten eingetreten sind und in solchen Fällen die Organisation bereit ist, helfend einzutreten. Es scheint also im Unternehmerlager nicht alles ganz in Ordnung zu sein.

**Arbeiterentlassungen im Ruhrbergbau**  
Gesentkrän, 7. Aug. Die Gesentkräniger Bergwerks-Verbindende auf den Schachtanlagen der Zeche Zollern II stellten 700 Bergarbeitern zum 16. August.

**Wesfel, 5. Aug. (Eig. Bericht.)** Die Papierfabrikanten bedrohen die hiesigen Zeitungen, die die Forderungen der Zeitungsfabrikanten bewilligt haben, und die daher weiter erscheinen, mit der Einstellung der Papierlieferungen. Die Herausgeber aller sozialistischen Zeitungen belagerten betreten dabei am Mittwoch über eine wirksame Abwehr.

**London, 6. Aug. Der Streit der australischen Seelen** ist beendet. Nachdem wochenlang der Schiffsverkehr nahezu vollständig geruht hatte, ist jetzt in Melbourne ein Abkommen zwischen Schiffen und Reedern getroffen worden, das die Wiederaufnahme der Arbeit in allen australischen Häfen ermöglicht.

**Neuwort, 6. Aug.** Die Bergarbeiter in Atlantic City (Phil.) haben am Mittwoch einen Ausbruch gebildet, der sofort nach seiner Konstituierung den Streikbeginn für den 1. September endgültig beschließen soll.



### Letzte Nachrichten

#### Große republikanische Kundgebung in Berlin

Berlin, 7. August. (Eig. Funddienst.) Am Donnerstagabend demonstrierten die Berliner Republikaner in einer riesigen Kundgebung für die Brüder an Rhein und Ruhr, denen nach Jahren harter Bedrückung die Stunde der Freiheit wieder schlug. Reichspräsident a. D. Dr. Marx sprach als Erster, nachdem er sich seit der Reichspräsidentenwahl politisch hart zurückgehalten hat. Er scheint jetzt wieder aktiv am politischen Leben teilzunehmen mit einem Verlangen, das zum Reichsbanner, dem das befreite neuere Industriegebiet besonders herzlich dank schulde. Marx führte dann fort: Dank schulden wir vor allem der Arbeiterschaft, deren Einsatz in höchstem Maße in diesem Kampfe bedroht war, die alles aufs Spiel setzte und mit vorbildlicher Mannhaftigkeit und Treue alles ertrug, sich aber in der Treue zum Vaterlande nicht wankend machen ließ. Würde nur überall im ganzen Vaterland volles Verständnis für den Heldennut der Arbeiterschaft verbreitet sein. Jedes unüberlegte Säbelraseln machte sich nach und nach fühlbar für die hartgeprüften Bewohner des besetzten Gebietes. Es war ein schweres Unrecht, ein Bruch des Völkerrechts, in das herrliche Land der Arbeit mit Seeressengewalt einzuschieben, um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Es mußte der Weg der Verständigung eingeschlagen werden, wenn man ernstlich die Ruhr befreien wollte. Nur eine friedliche Verständigung mit anderen früheren Gegnern kann Deutschland auf der Bahn des Wiederauflebens weiterführen. Befürchten wir uns vor neuem in der Lebensregung, daß nur durch eine Außenpolitik, wie sie von den verfassungstreuen Parteien getrieben worden ist, auch für die Zukunft das Heil und die Rettung Deutschlands gefördert werden kann. (Stürmische wiederholte Zustimmung.) Anschließend nahm der demokratische Reichsminister a. D. Dr. Koch das Wort. Ich folgte als Vertreter der Sozialdemokratie Gen. L. D. e. m. a. n. n., der sich ebenfalls für die Verständigung aussprach und die parteipolitische Seite der Verständigung in Schiedemühl in das rechte Licht stellte. Als er geendet hatte, wurden Hunderte von Reden gehalten. Die dritte Strophe des Deutschlandliedes beschloß die Kundgebung, an die sich ein Fackelzug durch die Stadt angeschlossen.

#### Die französischen Lehrer mit den Gewerkschaften

Paris, 6. Aug. (Eig. Meldung.) Der kürzlich dem Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbund beigetretene Landesverband der französischen Lehrer hielt gestern in Paris seine Jahresversammlung ab. Der Verband hatte auf seiner letzten Tagung im vergangenen Jahre eine Erhöhung der Gehälter um 50 Proz. verlangt. Die inzwischen durchgeführte Besoldungsfrage hat diese Forderung nur zu einem Teil erfüllt und hat den Lehrern eine Erhöhung von durchschnittlich 25 Proz. gebracht, obwohl seit dem vergangenen Jahre die Lebenshaltungskosten eine weitere Steigerung von ebenfalls etwa 25 Proz. erfahren haben. Von den Rednern wurde mehrfach als die gerechte Aktion ein 24stündiger Demonstrationstreik empfohlen. Der Beschluß wurde indessen noch nicht gefaßt, dagegen hat die Versammlung eine Entschließung angenommen, die den Delegierten empfiehlt, für den bevorstehenden französischen Gewerkschaftskongress Vertreter der Lehrer zu entsenden, um damit der Solidarität der Gewerkschaften mit der breiten Masse des Proletariats Ausdruck zu geben.

#### Die Amnestievorlage vom Rechtsausschuß angenommen

Berlin, 6. August. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde die Amnestievorlage bei der Gesamtstimmung von allen Mitgliedern des Ausschusses mit Ausnahme der Kom-

munisten, die sich ihre Stellungnahme für das Plenum vorbehalten, angenommen. Ferner wurde auf Antrag des Vorsitzenden Kahl eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Amnestien der Länder Rücksicht genommen werde auf die Amnestierung der allein oder überwiegend aus wirtschaftlicher Not begangenen Straftaten.

#### Die Unterbringung der aus Polen ausgewiesenen Deutschen

Schneidemühl, 6. Aug. Durch die Arbeitsvermittlungstellen des Ostprentenlagers sind bis heute für 6103 Ostprenten Arbeitsstellen vermittelt worden. Es ist weiter durch Fühlungnahme mit der Handelskammer der Grenzmarken Polen und Ostprenten Vorzüge getroffen worden, daß Lehrkräfte ihre in Polen angefangene Lehrzeit hier fortsetzen können.

#### Verhaftung von „Widigern“ im besetzten Gebiet

Düsseldorf, 6. Aug. (Eig. Bericht.) Die französische Kriminalpolizei verhaftete 20 Mitglieder des „Widigernbundes“, die angeblich mit französischen Organisationen im besetzten Gebiet angehörend haben sollen. Die Verhafteten werden am 17. August vor dem Militärgericht in Düsseldorf abgeurteilt werden.

#### Briands Reise nach London

Paris, 6. August. Briand wird nunmehr seine Reise nach London am Montagabend antreten, um mit Staatssekretär Chamberlain das Sicherheitsproblem zu besprechen. Im Vordergrund der Beratungen steht dem „Matin“ zufolge die Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli. Ferner wird man sich mit dem Garantiewort beschäftigen. Die englische und die französische Regierung hätten bereits praktisch verwendbare Schriftsätze ausarbeiten lassen.

#### Der Fall Graf vor dem belgischen Ministerrat

Brüssel, 6. Aug. Agence Belge. In der gestrigen Kabinettsitzung wurde der Fall Graf behandelt. Der Justizminister teilte mit, daß die deutsche Regierung bei der belgischen Revision des Prozesses beantragte. Deutschland weise auf das Urteil des Schwurgerichts in Stettin hin, das deutsche Staatsangehörige in der gleichen Angelegenheit schuldig gesprochen habe, in welcher vorher andere Deutsche von einem hiesigen Kriegsgericht verurteilt wurden. Die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß ein Revisionsantrag vorliege, da das Urteil des Stettiner Gerichts eine neue Tatsache darstelle. Der Fall wurde dem Kassationshof unterbreitet, der sich jedoch für unzuständig erklärte. Es bliebe nur der Gnadenweg übrig. Jedenfalls sei eine Revision ausgeschlossen. Die Regierung, die keine leichtfertige Entscheidung treffen wolle, lege Wert darauf, das juristische Gutachten einzuholen und werde später ebenfalls entscheiden.

#### Der belgische Senat gegen das Frauenwahlrecht

Brüssel, 6. Aug. (Eig. Bericht.) Der Senat lehnte am Mittwoch mit 71 gegen 56 Stimmen bei 5 Enthaltungen das Frauenwahlrecht für die Provinzwahlen ab.

#### Eine französische Niederlage in Syrien

Jerusalem, 6. August. Nach Berichten aus Amman gelang es den aufständischen Drusen, bei den Kämpfen mit den französischen Truppen mehrere Geschütze zu erobern und die Stadt Sweida, die Hauptstadt der Dschebel-Drusen, einzunehmen. Ferner wird gemeldet, die Drusen hätten hundert mit Munition und Vorräten beladene Kamete geistert. Die Franzosen sollen zahlreiche Verluste an Toten und Verwundeten erlitten und sich nach Ezra zurückgezogen haben.

#### Abflug von amerikanischen Kampffliegern nach Marokko

Paris, 6. August. Der Abflug von sieben freiwilligen amerikanischen Kampffliegern nach Marokko ist gestern am späten Nachmittag von Le Bourget aus erfolgt.

#### Die Unterfütterung für den englischen Bergbau genehmigt

London, 7. Aug. Das Unterhaus hat die Vorlage betreffend die Unterfütterung des Bergbaus mit 351 gegen 16 Stimmen angenommen.

#### 40 Personen in eine Gletscherpalte gestürzt

Berlin, 6. Aug. Der Stoa, der am Rhone-Gletscher zu einer großen Eisgrube führt, brach unter der Last überschreitender Touristen zusammen. Etwa 40 Personen stürzten auf den Gletscher hinab. 15 Personen erlitten am Teil schwere Verletzungen, während die übrigen mit geringen Hautabrisuren davon kamen.

#### Der Tod in den Bergen

Innsbruck, 7. Aug. Im Ostalpe stürzte am Resselwandgletscher ein Münchener Tourist namens Biber vor den Augen seiner Begleiter in eine Gletscherpalte und wurde durch den nachströmenden Schnee verschüttet. Eine Rettungsmannschaft konnte nur noch die Leiche bergen.

#### Im Schneesturm umgelommen

Nach einer Blättermeldung aus Bad Reichenhall gerieten beim Besteigen des Hohen Kaisers 5 Personen in einen Schneesturm. Dabei fanden der Sohn des Schornsteinfegermeisters Gruber aus Reichenhall und der Münchener Friedrich Witt den Tod durch Erfrieren. Der Neubergerische Richter aus Reichenhall wurde durch eine herbeigeeilte Rettungsexpedition noch lebend, aber mit erlörenen Gliedmaßen geborgen.

#### Bereinsangeiger

Bei 5 a. mehr Stellen 40 Stellen die Halle (Bergbauangelegenheiten) haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Reklamationsverfahren bereit.

#### Karlsruhe.

Freie Turnerschaft, Mittl. Südbad. Heute abend 8 Uhr, in der Volkshochschule außerordentliche Spielerversammlung. Erscheinen aller am Spiel Interessierten notwendig. 4488 Arbeiter-Kadaververein, Solidarität. Sonntag, 9. August, morgens 6 Uhr, vom Kriegerdenkmal Abfahrt zur Gaufernfahrt nach Speyer a. Rh. Regenfahrer 5.30 Uhr der Fahrt am Samstag abend. Sonntagsspiel. Der Vorstand. Volkshochschule Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr Sänger-versammlung bei der Ableitung „Drei Linden“. Am Sonntag, 9. August, vorm. 10 Uhr, Versammlung aller Elektromonteur im „Friedrichshof“. 4476 Die Ortsverwaltung.

#### Werkmeister-Ver. Karlsruh. Durlach.

Samstag, den 8. August, abends 8 Uhr, im Lokal, Monatsversammlung mit Vortrag. Der Vorstand.

#### Ettlingen.

(Arb.-Turn- und Sportv. e. V.) Sonntag, 9. August, in Pörsch, Abmarsch punkt 11 Uhr vormittags vom Lokal. Nächsten Dienstag (Verfassungstag) abends 7 Uhr Monatsversammlung im Lokal. Zahlreiche Beteiligung, sowie reißendes Erscheinen in beiden Veranstaltungen wird erwartet. Gagebauer. (Arb.-Gelage-Verein „Freiheit“) Samstag, abends 8 Uhr Singabend in der Aula. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

#### Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 173; Rehl 272, gef. 6; Maxau 442, gef. 7; Mannheim 327, gef. 14 Zim.

## Besonders billige Angebote

### Herren-Artikel

Einsatz-Hemden . . . . . 2.50, 2.30 **2.10**  
 Netz-Jacken . . . . . 1.50, 1.35 **0.95**  
 Socken . . . . . Paar 1.10, 0.85, 0.70 **0.50**  
 Gummi-Hosenträger . . . . . 1.50, 1.10 **0.90**  
 Selbstbinder . . . . . 1.25, 0.95 **0.65**  
 Perkal-Oberhemden mit Kragen . . . . . **5.50**

### Strümpfe

Damen-Strümpfe . . . . . Paar **35**,-  
 Damen-Strümpfe Seidengriff . . . . . **75**,-  
 Damen-Strümpfe Makko . . . . . **1.10**  
 Damen-Strümpfe Seidenflor . . . . . **1.20**  
 Damen-Strümpfe Seidenflor, schwere Ware . . . . . **2.30**  
 Kinder-Strümpfe in allen Preislagen

**17 Kaiserstraße E. Fugel Kaiserstraße 17**

### Bucherer

empfehle zu Einmach- und Speisefleischen nur reiner

### Gärungs-Essig

wie einfacher, Doppel- und Dreifach feiner

### Salatöl

(Nf. Tafelöl) Liter **1.40** (frei von Sohadl)

### Bucherer

### Freie Turnerschaft e.V. Mörsch.

Am 8., 9. und 10. August, begeht die „Freie Turnerschaft“ Mörsch die Feier ihres

### 25jährigen Stiftungsfestes

auf dem Turnplatz. Festprogramm:

Sams-tag abend 8 Uhr Festbankett auf dem Turnplatz.

Sonntag morgens 5 Uhr Weckruf, 8 Uhr Einzelwettkämpfe d. Turner und Sportler, 10 Uhr Fußballspiel.

Mittags 1/2 2 Uhr Aufstellung des Festzuges beim Turnplatz. Nach Ankunft auf dem Festplatz: Allgemeine Freiübungen, sowie turnerische und sportliche Vorführungen. Abends 6 Uhr Bekanntgabe der Resultate. Bei eintretender Dunkelheit italienische Nacht auf dem Festplatz.

Montag allgemeine Volksbelustigung. Hierzu sind die Arb.-Turn- und Sportgenossen sowie die frei organisierte Arbeiterschaft eingeladen. 774 Zugverbind. ab Karlsruhe Lokalbahn, mittags 12<sup>15</sup>, abends ab Mörsch 6<sup>15</sup>. Der Festausschuß.

### Dankagung.

Herzlichen Dank allen denen, die unserem teuren Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und sein Grab mit Blumen schmückten.

Ganz besonderen Dank Herrn Stodenhöfer, Fräulein Hienrich, Herrn Bruns, seinen Arbeitskollegen, der Kraftfahrervereinigung und der Storchengesellschaft für die erhabenen Worte am Grabe.

Karlsruhe, 6. August 1925.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

**Frau Josefina Roe, Wwe.**

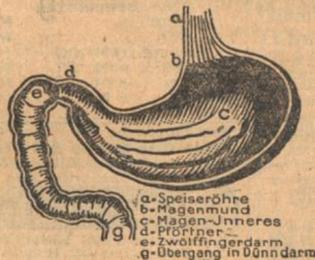
geb. Hindenach, und Sohn Franz.

Zurstraße 7b. 4486

Will das Brautpaar glücklich sein, kauft Möbel nur bei **Freundlich ein**

Kronenstrasse 37/39. 4484

Arbeiter! Werbet für **Eure Zeitung!**



## Der Magenkatarrh

Im chronischen Stadium zählt zu den hartnäckigsten und unangenehmsten Krankheiten, die den Menschen überhaupt befallen können. Er macht sich hauptsächlich bemerkbar durch Appetitlosigkeit, abwechselnd mit Heißhunger, Sodbrennen, Druckgefühl in der Magengegend, belegte Zunge, pappigen Mundgeschmack, üblen Mundgeruch, Aufstoßen, Stuhlverstopfung usw. und führt allmählich zu tiefgreifenden Ernährungsstörungen. Da sich der chronische Magenkatarrh gewöhnlich aus dem akuten Magenkatarrh entwickelt, so kann derselbe nicht ernst genug genommen werden und ist unbedingt sofort gegen denselben einzuschreiten, am besten mit der bewährten

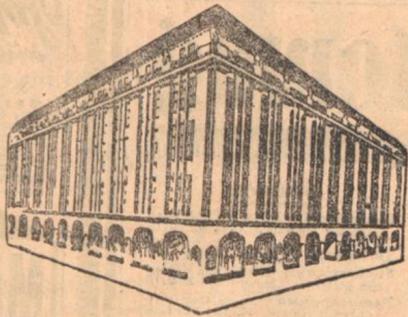
## „Gastromaltose“-Kur

Gastromaltose ist ein rein natürliches Pflanzenprodukt, absolut unschädlich, begutachtet und empfohlen von maßgebenden ärztlichen Autoritäten, fördert den Appetit, die Verdauung und die allgemeine Magentätigkeit und wird wegen seines angenehmen Geschmacks und Geruches von den Kranken ausnahmslos gerne genommen. Zur näheren Aufklärung erhalten alle Interessenten die wichtige Broschüre über die Heilwirkungen der „Gastromaltose“.

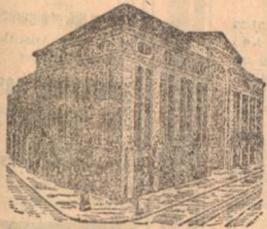
**\* gratis und franko \*** zugeschickt von L. Fiebig, pharmazeutische Großhandlung Karlsruhe 100 / Gastromaltose ist in allen Apotheken zu haben

### Ettlinger Anzeigen.

Die öffentliche Verkündung im Stadt-Gaswerk ist wegen Instandsetzung und Sitzung vom 10. bis 17. d. Mts. nicht möglich. Ettlingen den 3. August 1925. Städt. Werte.



Erste Häuser



Das große moderne Warenhaus  
 Geschw. **KNOPF** Karlsruhe  
 führt in 50 reichsortierten Spezial-Abteilungen  
 sämtliche Bedarfsartikel in großer Auswahl  
 zu bekannt billigen Preisen.



Kaufhaus  
**Schmoller & Co.**  
 Karlsruhe  
 Billigste Bezugsquelle  
 sämtlicher  
 Bedarfsartikel.



Margarine

**Süßrahmbutter**

Bitte beim Einkauf „Sü-Ma-Zeltung“ verlangen.

CONFEKTIONSHAUS  
**HIRSCHEN**  
 Herrenbekleidung  
 Herrenwäsche / Berufskleidung  
 Kaiserstrasse 95 Ecke Kronenstrasse



**Leipheimer & Mende**

Gegr. 1834 Spezial-Geschäft Tel. 211 u. 214  
 Herren- und Damenkleiderstoff, Seide, Baumwollwaren,  
 Wäschestoffe, Weisswaren, Gardinen, Schlafdecken  
 Grösste Auswahl Billigste Preise

Wein-Großhandlung und Branntweinbrennerei, Faßgroßhandlung

**Gottlob Bauer** Inhaber: Karl Seubert

Karlsruhe (Baden), Goethestraße 10  
 Fernsprecher Nr. 2245 Telegramm-Adresse: Weinbauer  
 Es empfiehlt sich bei Bedarf in sämtlichen Weinen (Badische Weine,  
 Pfälzer- oder Rheinweine) Vorzugs-Angebote bei mir einzuholen.

**GRITZNER** = Nähmaschinen | Bestes deutsches Erzeugnis!  
 = Fahrräder

Maschinenfabrik Gritzner A.-G., Durlach.

Kaufhaus  
**BADENIA**  
 G. m. b. H.  
 KARLSRUHE  
 Kaiserstrasse 14 a  
 Herren- u. Damen-  
 Bekleidung  
 auf  
 Teilzahlung



Gute Ware!

# EXTRA-PREISE Freitag · Samstag · Montag

<b>Damen-Putz</b> Kleiner Hut aus Filzstoff mit aparter Garnitur und Agraffe . 5.75 Jugendliche Glocke aus Epinglé, schwarz und braun . 6.50 Flotter kleiner Hut aus Filzstreifen gesteppt . . . 7.25 Chicke Kappe aus Duveline reich bekränzt . . . . . 8.75 Veloursüte moderne Formen und Farben . . . . . 14.50 Moderner Filzhut die beliebte Herrenhutform, weiß und farbig . . 9.80	<b>Damen-Wäsche</b> Damen-Hemden Träger, Hohl- saum und Feston . . . . . 1.20 Frauenhemd 1/2 Arm, extr. lang . 2.75 Damen-Beinkleid geschloss., Hobisaum, gute Qualität . . . 2.25 Damen-Hemd hose Träger, reiche Stickerei, gute Qualität . 3.80 Reform-Rock Träger, reich bestickt . . . . . 4.25	<b>Korsetten</b> Hüftenformer, Cöper . . . . . 1.75 Hüftenformer, Drell . . . . . 2.75 Strumpfhalter, Gürtel mit 2 Hältern . . . . . 1.65 0.95 Bästehalter Cretonne 0.85 Trikot 0.80 Reformleichen für Damen u. Kinder . . . . . 2.75 1.55 1.50	<b>Spitzen</b> Valenciennespitzen Mtr. 0.25 in großer Auswahl . . . . . 0.18 0.12 Tüllspitzen Meter 1.10 0.95 0.60 Stickereien gute Ausführung sehr preiswert Meter 0.55 0.20 0.18 Hemdenpassen nur gute Qual. m. Stick. u. Klöppel St. 1.50 1.25 1.10 Klöppelspitzen und Einsätze sehr billig Meter 0.22 0.18	
<b>Schürzen</b> Damen-Schürzen Juniper Form . . . . . 4.25 3.75 2.50 Band-Schürzen . . . . . 2.50 1.75 Kinder-Schürzen 1.75 1.60 1.25 Knaben-Schürzen 1.25 0.95 0.75	<b>Parfümerie</b> Blumenseife St. 0.32 3 Stück 0.90 Lanolin-Blumenseife Karton 5 Stck. . . . . 0.95 Blumenseife St. 0.25 5 Stck. 1.10 Riesen-Blumenseife ca. 105 gr Stück 0.55 3 Stck. 1.55 Königlich Wasser . . Flasche 0.55 Birkenwasser ganze Fl. 1.85 halbe 0.95 la Kernseife ca. 200 gr Stck. 0.20 5 Stck. 0.95	<b>Lederwaren</b> Kupon-Koffer Hartplatte, Krokodill- pressung, 70 65 60 cm 7.95 7.25 6.90 Damen-Handtaschen Koffer- form, Vollleder, Krokodilpressung, 26 u. 24 cm. . . . . 5.50 4.90 Besuchsaschen Vollleder, Kro- kodilpressung, 24 cm. . . . . 3.90 Geldbeutel für Harigeld, div. Lederarten . . . . . 1.50 0.90 0.65 0.40 Brieftaschen Vollleder, versch. Einteilungen . . . . . 2.90 2.50 Läckgürtel in vielen Farben, 6 cm breit 0.80 2 cm breit 0.30	<b>Schuhwaren</b> Kinderhausschuhe 26-30 31-35 in verschied. Farben 1.25 1.45 Kinder-Stiefel 22-24 25-26 schwarz u. braun 3.90 4.50 Tuchhausschuhe 36-42 43-46 1.10 1.35 Damen-Halbschuhe hübsche Formen . . . . . 8.50 6.75 4.90 Spangenschuhe schwarz und braun, mod. Ausführungen 12.50 9.50	
<b>Kleinnmöbel</b> Holzklappgarnitur 4 tlg. 42.00 hell lackiert . . . . . 52.00 Holzklappgarnitur 4 tlg. rot lackiert . . . . . 98.00	<h1>KNOPF</h1>			<b>Kleinnmöbel</b> Korbsessel Weiden Halbwulst . . . . . 9.75 Peddigröbargarnitur 3 teilig, Vollwulst . . . . . 55.00 Liegestuhl hell lackiert mit Jautebezug . . . . . 6.25

aus jeder Art 10 an

**Justiz**  
wischelwey

Nach Schumanns Methode mit  
Obermeyer's Nadeln  
gestrichelt  
erzielte ich rasche Heilung  
des Podagra in 20. Tag  
St. Nr. 55, 80% verheilt  
St. Nr. 1. - Sur Podagra  
Podagra-Granat bei-empfehlen.  
zu haben in allen Apotheken,  
Drogerien und Parfümerien.

---

**Möbel**

kaufen Sie preiswert  
in solider Ausfüh-  
rung bei der

**Nebenstelle des  
Bad. Baubundes  
6. m. d. H.  
Schloßplatz 13,  
Eingang:  
Karl-Friedrichstr.**

---

Gammelmantel 15.00 an  
Regenmantel 9.75 an  
Regenschirm 4.00 an

**Daniels  
Konfektionshaus  
Wilhelmstr. 36, 1 Treppe**

**„Der Zahnarzt“** \* **Ausstellung für Schulzahn-  
pflege und soziale Hygiene**

Letzte Tage 7. und 8. August \* Eintritt unentgeltlich

Täglich Führungen durch die Ausstellung unter fachmännischer Leitung

**STADTGARTEN**

Samstag, den 8. August, nachm. von 3<sup>1/2</sup> - 6 Uhr

Konzert der Vereinigung badischer Polizeimusiker

Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.

Heute Freitag, den 7. August, abends 7<sup>1/4</sup> Uhr

Das fröhliche Singspiel vom Rhein:

**Die Frühlingsfee**  
von Viktor Carrillou

Billetts von Mk. 1.50 b. 5.90 bei F. Müller, Kaiserstr.; Zigarren-  
Brünnert, Kaiserallee; Holzschuh, Werderstr. 48 und an der  
Tageskasse. Morgen: Gräfin Mariza.

**Für den Wäscheschrank!**

Hemdentuch gebleicht, 80 cm br. per Meter 1.20, 0.90	0.56	Rohnessel 160 cm breit, f. Betttücher per Meter	2.20
Louisianatuch für ele- gante Damenwäsche per Mtr.	1.25	Bettuchbibel 150 cm br. weiß, schwere Cooperware per Meter	2.30
Wäschebattist extra prima Qualität . . . . .	1.80	Kamelhaardecken	22.00
Bettdamast 130 cm br. prima schwere Ware per Meter 3.50, 2.50	2.20	Jacquarddecken per Stck. 60., 40., 28.	2.50
Hauttuch 150 cm breit, weiß, f. Bett- tücher, schwere kräft. Ware, p. Mtr. 3., 2.50	2.10	Frottiertandtücher extra groß, weiß, ab- gepaßt . . . per Stück	1.80
Halbleine 150 cm breit, weiß, für Bett- tücher, schwere kräft. Ware, p. Mtr. 3.50, 3.50	2.40	Handtücher abgepaßt . . per Stück	0.70

Große Auswahl in 4973

Bettbarchente / Matratzendrelle / Bettfedern

Lagerbesuch jedermann lohnend.

**Arthur Baer** Kaiserstraße  
Eingang Kreuzstraße Nr. 133  
Gegenüber der kleinen Kirche  
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch.

**Paßbilder**  
für Reise und Fahr-  
karten sofort

**Offert-Photos**  
Billigste Preise.  
Photogr. Atelier

**Rausch & Pester**  
Erbprinzenstr. 3

**Pfannkuch**

Eingetroffen  
der erste  
Waggon  
Italiener

**Apfel**

38 Pf. 3/4  
5 1 80  
5 Pf. 1/2

**Strauben**

65 Pf. 3/4  
Rißigen ca. 8 Pfund  
netto 4 80  
4 Pf. 1/2

**Pfannkuch**

**Druckarbeiten** aller Art liefert die Buch-  
druckerei „**Volksfreund**“,  
Luitzenstraße 24.

**Der Schweinehund**

**Malerscherze oder Eclairungen in der Tierwelt.**

7.

Es gibt übrigens eine so große Menge von Arten dieses Interesses, daß die bloße Aufzählung der verschiedenen Kombinationen Seiten füllen würde.

Diese Arbeit ersparen wir uns. Wir stellen vielmehr nur fest, daß der Schweinehund bisher nur als Schimpfwort bekannt war. Wenn wir ihn heute den Lesern im Bilde vor Augen führen, dann geschieht das, um abschreckend zu wirken und den deutschen Sprachschatz um ein Schimpfwort zu verringern.

Mit diesem Bilde wollen wir auch diese Angelegenheit, die eine außergewöhnlich große Beachtung gefunden hat, abschließen und wieder etwas Neues bringen.

Diese Leser haben über die Malerscherze geschimpft, überaus zahlreiche Leser dagegen haben sich über sie herzlich gefreut. Seltener wurden unsere Angelegenheiten von Allen. Seltener Präparate wurden fleißig gekauft, weil sie gut und überaus preiswert sind und infolgedessen trotz der Geldnot von allen Vogelkennern erworben werden können.

Die Rutikol-Präparate sind die am meisten getauften Fußpflege-Präparate, und wer sie nicht nur vom Hörensagen kennt, sondern Wert auf saubere und gesunde Füße legt und sie infolgedessen selbst anwendet, der bestätigt uns stets, daß wir in unserer Droga-  
ganda in bezug auf die Qualität unserer Präparate nur das versprechen, was diese auch wirklich halten.

**Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen**

und Wagnen besitzigen Sie schnell, sicher, unblutig und schmerzlos mit dem ersten, von zahlreichen Ärzten empfohlenen und in vielen Millionen Fällen bewährten Rutikol-Hühneraugen-Pflaster. 1 Packung dieses unübertroffenen Präparates kostet nur 75 Pf.

Es verursacht keinen Druck und keine Schmerzen wie die veralteten Hühneraugenbinden und hebt auch nicht am Strumpfseil.

Das Rutikol-Fußbad (Probepackung 30 Pf., Doppelpackung 50 Pf.) verhilft die gute Wirkung des Rutikol-Hühneraugen-Pflasters, reinigt die Füße gut, ficht Nerven, Muskeln und Sehnen und befeuchtet, mit dem Rutikol-Streupuder (Dose 1 Mark) zusammen angewandt, Hernien, Wundläusen und Schweißgeruch.

Der Schweiß zerfließt Strümpfe und Schuhe. Durch die regelmäßige Anwendung der beiden letztgenannten Präparate sparen Sie Schuhe und Strümpfe und somit viel Geld. Alle drei Rutikol-Präparate zusammen sind in der Rutikol-Rue-Packung vereinigt und kosten nur 2 Mark. Sie ersparen also beim Einkauf der Rue-Packung 25 Pf.

Unsere lehrreiche Druckschrift, die Ihnen wichtige Aufklärungen über die Notwendigkeit der Fußpflege gibt, senden wir Ihnen auf Verlangen kostenlos und portofrei zu.

**Rutikol-Fabrik Kurt Kriss, Groß-Salze bei Mingebrura**  
Fabrik: Rutikolstraße. Verwaltungsgebäude: Reitbahnstraße.